

Wählt SAP  
Liste 18



# Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Verkehrsstreik in Berlin!

### Der gesamte Straßenbahn-, Hoch- und U-Bahn- und Omnibusverkehr stillgelegt

WTB. Berlin, 3. November.

Das gesamte Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft ist heute früh in den Streik getreten, sodaß ganz unerwartet weder Straßenbahn noch U-Bahn noch Autobus verkehren. Bis zur Stunde ist der Streik restlos durchgeführt worden.

Einzelne Arbeitswillige versuchten, auf einzelnen Linien den Straßenbahnverkehr in Gang zu bringen; doch mußten sie wieder umkehren, da die Wagen von Streikenden demoliert und die Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Vor allen Straßenbahndepots sind zahlreiche Streikposten aufgestellt.

Dieser mit hinreißender Wucht einsetzende Riesenstreik kommt sicher fast der gesamten Öffentlichkeit und auch den staatlichen und kommunalen Behörden in Berlin gänzlich unerwartet. Es gibt in Deutschland nächst der Reichsbahn kaum einen Betrieb, in dem ein Gesamtstreik vom ersten Augenblick an eine so

tief einschneidende wirtschaftliche und politische Wirkung

auslöst, wie dieser Streik bei der Berliner Verkehrs-AG (BVG). Er bedeutet die Stilllegung des gewaltigen Verkehrs der Viermillionenstadt und muß bei den gewaltigen Entfernungen in Großberlin die gesamte Wirtschaft zu einem großen Teil lahm legen. Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Geschäftsleuten, die bis zu zehn, zwanzig und mehr Kilometer von ihrer Arbeitsstelle entfernt wohnen, können durch den Streik entweder gar nicht oder nur mit großen Verspätungen zu ihrer Arbeitsstelle hin und zurück gelangen.

Schon diese Tatsache macht den Streik der etwa 40 000 Berliner Verkehrsarbeiter, auch ohne daß sie politische Forderungen stellen, zu einem eminent wichtigen politischen Ereignis. Aber der Streik ist ein politischer Kampf insofern, als er sich gegen den von der Regierung und den Kommunalbehörden diktierten Lohnabbau wendet.

Die Geduld der Arbeiter ist zu Ende! Mit einem wuchtigen Hammerschlag haben die Berliner Verkehrsarbeiter dem seit Jahren mit ihnen getriebenen Spiel ein ehernes Halt entgegengestellt.

Auch jetzt versuchten, wie wir schon in der „SAZ“ vom 28. Oktober berichteten, die Gewerkschaftsführer den Kampf zu verhindern. Die BVG, die für jeden ihrer Direktoren (darunter der „berühmte“ Brolath) bis vor kurzem Gehälter von 72 000 bis 141 000 RM, jetzt noch 36 000 bis 72 000 RM auswerfen kann, hatte die unverschämte Forderung eines Lohnabbaues von 23 und 25 Pf. pro Stunde gestellt. In langen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern kam dann eine Vereinbarung zustande, die, wie schon erwähnt, einen Lohnabbau von „nur“ 2 Pf. pro Stunde vorsah. Die Gewerkschaftsleitungen, unter Führung der Berliner Ortsverwaltung des hauptsächlich beteiligten Gesamtverbandes, war durchaus geneigt, diese Vereinbarung anzunehmen, ja sie stellte, wie

immer, das Verhandlungsergebnis als einen großen Erfolg hin.

In der gewerkschaftlichen Funktionärversammlung der BVG, die in ihrer erdrückenden Mehrheit aus SPD-Kollegen besteht, wurde jedoch die Vereinbarung aufs schärfste kritisiert. Die Verbandsleitung glaubte die Opposition schwachmütig zu setzen, indem sie selbst eine Urabstimmung über Annahme und Ablehnung der Vereinbarung vorschlug, was dann auch einstimmig beschlossen wurde. Die Verbandsleitung machte dieses Manöver in der sicheren Annahme, daß wegen einer so geringen Differenz die vorgeschriebenen drei Viertel Streikmehrheit niemals zustande kommen wird. Offen schrieb der „Vorwärts“, daß die Urabstimmung nur veranstaltet wurde, um den „revolutionären Schreibern“ das Maul zu stopfen.

Darüber hinaus leistete sich der „Vorwärts“ eine Reihe selbst bei ihm außergewöhnlicher Schamlosigkeiten gegen einen Kampf der BVG-Arbeiter. Noch in seinem Mittwoch-Abendblatt nimmt er die BVG-Direktion in Schutz, indem er schreibt: „Die kommunistischen Drahtzieher wissen sehr wohl, daß die BVG unter Druck gestellt ist (von der Regierung und dem sozialdemokratischen Magistrat), die Löhne in ihren Betrieben denen der städtischen Werksarbeiter anzugleichen... Die KPD braucht nun einmal Streiks zu ihren politischen Zwecken und propagiert den Streik unter allen Umständen, nicht um der Sache der Arbeiter willen, um des Streiks willen.“

Die BVG-Arbeiter haben diesem Sudelblatt durch ihre Urabstimmung und Kampfabnahme einen derben Schlag auf sein freches Maul versetzt. Nach dem Bericht der Verbandsleitung im „Vorwärts“ am Donnerstag früh haben für den Streik 14 471, dagegen 3993 Beschäftigte gestimmt. Das ist weit mehr als die vorgeschriebene Dreiviertel-Mehrheit, selbst wenn die Zahlen stimmen sollten, was

noch zu bezweifeln ist. Aber angeblich haben sich 3865 Stimmberechtigte nicht an der Abstimmung beteiligt. Die werden von der Verbandsleitung als Gegenstimmen gerechnet und — so steht im Donnerstag-„Vorwärts“ — soll nur eine für den Streik nicht ausreichende Mehrheit von 66 Prozent vorhanden sein. Dementsprechend hätten auch die Obleute der BVG am Mittwochabend beschlossen, daß der Streik nicht geführt werden könne. Der ganze „Vorwärts“-Artikel ist noch am Donnerstag früh gegen den Streik eingestellt.

Die Rechenkunststücke der Bürokratie haben aber offensichtlich nichts mehr genützt, denn, wie selbst die amtlichen WTB-Meldungen berichten, sind die Massen der BVG-Arbeiter über die Köpfe ihrer Führerschaft geschlossen zum Kampf geschritten. Das ist damit den einmütigen Willen aller BVG-Beschäftigten zum Ausdruck gebracht, zeigt die restlose Stilllegung des ganzen Verkehrs.

Der Streik ist ein glänzender Auftakt zur Reichstagswahl. Die Berliner Verkehrsarbeiter geben damit der gesamten deutschen Arbeiterklasse ein Beispiel dafür, daß es falsch ist, auf irgendwelche Entscheidungen durch Stimmzettellaktion zu hoffen, sondern daß alles darauf ankommt, die Kraft des Proletariats im außerparlamentarischen Massenkampf einzusetzen. Ein Sieg der Berliner Verkehrsarbeiter ist unvergleichlich viel wert als jeder Stimmzettelerfolg einer Arbeiterpartei am 6. November. Ein Streiksieg in Berlin ist ein anfeuerndes Signal für die gesamte Arbeiterklasse in ganz Deutschland. Ist ein wirkungsvoller Schlag gegen Papen, gegen die faschistische Kapitalsdiktatur.

## Hoover am Ende?

O. F. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird Hoover bei der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Amerika am 8. November geschlagen werden. In diesem Falle wird seine politische Karriere im Frühjahr, wenn der neue Präsident ins Weiße Haus in Washington einzieht, zu Ende sein. Sein letzter Bluff, den er inszenierte, hätte dann doch nicht zum Ziel geführt. Denn ein Bluff war diese Börsenhausse des Juli und August. Die Kurse der Wertpapiere hatten sich zum Teil verdoppelt, ja verdreifacht und in aller Mund war die Frage: Ist der Umschwung da, ist es endlich der „Silberstreifen“? Seit Anfang September läßt sich ein stetiger Rückgang der Kurse feststellen, und die aufwärtsgerichtete Bewegung an den Warenmärkten, die, selbst schon mit Regierungskrediten manipuliert, angeblich die reale Basis für die Börsenhausse sein sollte, hat längst einer scharfen Abwärtsbewegung wieder Platz gemacht, so daß die Warenpreise nur mehr wenig über ihrem tiefsten Stand stehen, zum Teil sogar darunter gesunken sind, wie die nachfolgende Uebersicht zeigt:

Preise in New York bzw. Hamburg  
(für ein engl. Pfund (453 gr),  
bei Kakao RM pro 50 kg):

	10. 6. 32	29. 8. 32	27. 10. 32
Baumwolle	5.10	9.20	6.45 cents
Kautschuk	3/16	5.—	37/16 cents
Kakao	21.75	22.50	20.50 RM
Kaffee	10.25	12.78	11.50 cents
Zucker	0.70	1.11	1.— cents

Außer dieser Bewegung an den Warenmärkten ließ sich überhaupt kein Anzeichen feststellen, das für eine wirkliche Besserung in der Wirtschaft anzuführen gewesen wäre. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Produktionsziffern fallen, die Zahl der Verlust arbeitenden Unternehmen wächst, größer wird die Zahl der mit Regierungs-, das heißt öffentlichen Geldern gestützten Banken, Trusts und Eisenbahnen. In den letzten Wochen, als die Börsenbewegung schon abgeflaut war, überboten sich die Zeitungen gegenseitig in Meldungen über erhöhte Produktion auf einzelnen Gebieten, Zunahme der Wagengestellungen usw. Sieht man näher zu, dann wird aber offenbar, daß es sich in den meisten Fällen nur um die übliche Herbstbelebung handelt. Wo die Bewegung über das gewohnte Maß hinausgeht, läßt sich zeigen, daß diese Tatsache auf die völlige Leere der Läger zurückzuführen ist; da der gesamte Zwischenhandel im Gegensatz zu früher nur noch über kürzeste Fristen disponiert und seine Läger völlig geräumt waren, ist es leicht erklärbar, daß die Auffüllung um einige Prozente das aus früheren Jahren gewohnte Maß übersteigen muß. Das hat nicht das mindeste mit einer Besserung der Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten zu tun, dazu kommt, daß aber auch diese Bewegung bereits wieder ihren Abschluß gefunden zu haben scheint, wie der Produktionsindex und die Zahl der geladenen Waggons der letzten Woche deutlich zeigen.

Was jeder schon zu Beginn der Börsenhausse sehen konnte, daß der berühmte „Silberstreifen“ nur an den Himmel projiziert war, weiß heute auch in Amerika jeder — außer einem, dem Präsidenten Hoover. Diesem Apostel der prosperität passiert daß es mit der amerikanischen Wirtschaft immer schlechter und schlechter ging, und er immer und unverdrossen das

## Die Wahlbombe der SPD

Unmittelbar vor Redaktionsschluss erhalten wir die heutige Nummer der „Volkswacht“, des Breslauer SPD-Organs. Dort wird ein Artikel veröffentlicht, der in großen Schlagzeilen über „Korruption und Stank in der SAP“ berichtet.

Die sozialdemokratischen Redakteure haben wieder einmal Pech gehabt. Sie stützen sich bei ihren „Enthüllungen“ ausschließlich auf ein Rundschreiben, das einige aus der Berliner SAP ausgeschlossene Querulanten verschiebt haben. In unserer Reichsausgabe vom 1. November haben wir diese Leute bereits genügend gekennzeichnet und festgestellt, daß die SAP mit ihnen nichts mehr zu schaffen hat. Die „Volkswacht“ aber geht in ihren ganzen Darlegungen von der Voraussetzung aus, daß diese Gruppe eine „organisierte Opposition innerhalb der SAP“ sei. Da dies nicht zutrifft, fallen die meisten Behauptungen bereits in sich zusammen.

Die „Volkswacht“ behauptet weiter, die SAZ werde durch ein in Berlin erscheinendes „Organ für die Berliner Nacht- und Vergnügungswelt“, das seit etwa 14 Tagen erscheine, finanziert. Gegenüber dieser ebenso sinnlosen wie unverschämten Unterstellung stellen wir fest,

daß die SAZ seit über einem Jahre aus eigener Kraft existiert, daß sie keinerlei Zuschüsse irgendwelcher Art erhält oder braucht, sondern durch die Aktivität unserer Genossen und Funktionäre sich in erfreulichem Aufstiege befindet.

SAZ und SAP haben weder materiell noch

ideell, noch organisatorisch irgend etwas mit dem von der „Volkswacht“ genannten Berliner Blatt „Was ist los?“ oder dessen Verlag zu tun.

Richtig ist lediglich, daß an der Herausgabe des Blattes ein Mitglied der SAP beteiligt ist. Gegen ihn ist bereits Ausschlußantrag gestellt worden. Die Heilmann, Gustav Bauer, Brolat, Barmat und Kumpernei sind nicht aus der SPD ausgeschlossen worden!

Soweit unsere Richtigstellungen. Darüber hinaus aber muß gesagt werden, daß ein solches Korruptionsgeschrei ausgerechnet in der sozialdemokratischen Presse mehr als merkwürdig anmutet. Die SPD hat bekanntlich keinen Augenblick gezögert, in den letzten Jahren immer wieder hohe Beträge aus staatlichen Fonds zur Finanzierung ihrer zahlreichen bankrotten Zeitungsunternehmen zu benutzen. Für die Wahlpropaganda der SPD sind mehr als einmal Gelder aus der preussischen Staatskasse zur Verfügung gestellt und freudig entgegengenommen worden. Mit Beispielen können wir, wenn es gewünscht werden sollte, mit übergroßer Zahl dienen. Die SPD täte also gut, sich nach Korruption in ihren eigenen Reihen umzusehen — aber sie wird das unterlassen, weil eine solche Untersuchung viel zu weite Kreise ziehen würde. Ihr jetziges Geschrei gegen die SAP beweist nur, daß sie politische Argumente gegen uns nicht hat und daher zu unverschämten Wahllogen greifen muß. Kein Genosse der SAP wird sich dadurch irre machen lassen!



# Braun kommt ins Hinterzimmer

## Kabinett Braun „stellt fest“

Berlin, 2. November.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, teilt die preußische Staatsregierung offiziell folgendes mit:

„In der heutigen Staatsministerialitzung stellten die Staatsminister übereinstimmend fest, daß die Reichsregierung ihre Pflicht, die nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs zu Unrecht ihres Amtes enthobenen preußischen Staatsminister wieder in ihr Amt als Staatsminister und Landesregierung einzusetzen, bis heute nicht erfüllt hat.“

In der preußischen Regierung naheliegenderen Kreisen wird dem Nachrichtenbüro des VDZ weiter erklärt, daß die preußische Staatsregierung auf Grund dieser ihrer Auffassung der bestehenden Tatsachen weitere Schritte eingeleitet habe. Allerdings dürfte ein neuer Appell an den Staatsgerichtshof vorläufig nicht in Frage kommen. Man weist daraufhin, daß es ja noch andere Möglichkeiten, insbesondere eine Fällungnahme mit dem Reichskommissar usw. gäbe, die für die Klärung dieser Dinge erschöpft werden müßten.

## Streit um die Diensträume

CNB. Wie wir aus der Umgebung des Reichsministers Bracht erfahren, kann die Erklärung der alten preußischen Staatsregie-

rung sich nur darauf bestehen, daß es dem Reichskommissar nicht möglich war, alle durch den Ministerialdirektor Bracht übermittelten Wünsche der alten Regierung wegen der Zuteilung der Diensträume zu erfüllen. Grundsätzlich muß der Reichskommissar daran festhalten, daß die Zuteilung der Diensträume Aufgabe der Exekutive ist. Reichsminister Bracht legt aber den größten Wert darauf, die Raumfrage in einer wirklich großzügigen und entgegenkommenden Weise zu regeln. Er hat deshalb sehr gute und ausreichende Räume im Wohlfahrtsministerium zur Verfügung gestellt, die auch der Anforderung der Zweckmäßigkeit schon deshalb besonders entsprechen, weil sie eng mit dem Landtag und dem Staatsrat zusammenhängen, bei dem ja die hauptsächlichsten Aufgaben liegen, die der Staatsgerichtshof dem alten Kabinett zugewiesen hat. Aus rein sachlichen Gründen ist es aber nicht möglich, das Gebäude des Staatsministeriums zur Verfügung zu stellen; der Fortgang der Arbeiten im Staatsministerium darf nicht gestört werden. Reichsminister Bracht würde es überaus bedauern, wenn sich der von ihm hochgeschätzte Ministerpräsident Braun von anderen Persönlichkeiten drängen lassen würde, Prestige Gründe in den Vordergrund zu stellen. Einem Verlangen, das sich auf die Räume des Staatsministeriums verstellt, müßte er aus den angegebenen sachlichen Gründen mit allen Mitteln entgegen treten.

# Appell an die Kriegs- und Arbeitsopfer

Am 6. November soll ihr wieder einmal an die Wahlurne treten. Ihr seid deshalb vor die Frage gestellt, welcher Partei ihr eure Stimme geben sollt. Der „Reichsbrand der Kriegsschädigten“ empfiehlt euch, republikanisch zu wählen. Welche republikanische Partei sollen die Kriegsopfer denn nun wählen? Vielleicht das Zentrum, dessen Exponenten Brüning sie alle die Notverordnungen mit den rigorosen Kürzungen ihrer Renten verdanken, oder die Demokraten, die zuerst in ihrer Presse die infamste Hetze gegen die Kriegsoffiziersversorgung entfaltet und deren Reichsfinanzminister Dietrich die ungeheuerlichen Subventionen an Industrie und Großgründer ausgab, der den verkrachten Banken 1½ Milliarden Mark in den unerstlichen Schlund warf? Oder sollen sie die Sozialdemokratie wählen, die jahrelang alle Verschlechterungen tolerierte? Der Zentralverband der Invaliden ist in dieser Hinsicht ehrlicher, denn er gibt ganz klar die Parole aus, die Liste 2 der SPD zu wählen. Er ist andererseits auch reichlich naiv, wenn er seine Mitglieder, unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit, auffordert, die Liste 2 zu wählen, weil auf ihr der Verbandsvorsitzende Karsten kandidiert.

Wie sind nun diese Parolen, insbesondere die des Zentralverbandes, mit der parteipolitischen Neutralität in Einklang zu bringen? Überhaupt nicht, denn es gibt in diesen beiden Verbänden keine parteipolitische Neutralität, denn sie fühlen sich und handeln als Unterorganisationen der SPD. Die einzige Organisation, die eine wirkliche parteipolitische Neutralität immer bekundet, ist der Allgemeine Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer, Sitz Berlin SW. 68, Ritterstraße 53, dessen Verbandsorgan als einzige Kriegsopferzeitung auf die Dauer von 6 Monaten verboten worden ist. Der Allgemeine Verband fordert seine Mitglieder auf, ihre Stimme nur den proletarischen Arbeiterparteien zu geben und aktiv Wahlhilfe zu leisten.

Eine solche Parole einer überparteilichen Organisation erfordert unsere Achtung. Allerdings müssen wir als Partei sie klar und entschieden formulieren, deshalb appellieren wir an die proletarischen Kriegs- und Arbeitsopfer: Wenn ihr wollt, daß energischer, kompromissloser Kampf gegen alle Notverordnungen und Rentenkürzungen geführt wird, wenn ihr wollt, daß ein freies sozialistisches Deutschland erkämpft wird, daß allein zurecht berechtigten Forderungen erfüllt, dann stimmt am 6. November nur für die

Sozialistische Arbeiterpartei — Liste 18!

# SA-Terroristen vor Gericht

Allenstein, 2. November.

WTB. Vor dem Sondergericht begann heute ein Prozeß gegen 16 Nationalsozialisten, die angeklagt sind, im August d.J. in Gilgenburg und Allenstein Terrorakte verübt zu haben.

Der Vorsitzende ermahnte die Angeklagten, bei der Wahrheit zu bleiben, sie hätten ihr Geständnis bereits zu Protokoll gegeben. Dann wurde der Anschlag gegen den Laden des kommunistischen Kaufmanns Abraham behandelt. Die protokollarischen Aussagen werden verlesen, nach denen die Angeklagten Quassek und Klimmeck je eine Handgranate bekommen hatten mit der Weisung, sich in den Laden von Abraham zu begeben.

In dem Protokoll hat er weiter geschildert, wie er zu dem Angeklagten Weiß gekommen und dort zusammen mit dem Angeklagten Dembkowski verurteilt worden sei. Am Tage der Tat habe man sich

im hiesigen SA-Heim getroffen, wo man alle Einzelheiten besprochen habe.

Der Angeklagte Pernack sollte mit seinem Kraftwagen nach 1 Uhr noch in die Nähe des Abrahamschen Geschäfts kommen und mit dröhnendem Hupen das Zeichen für die Ausführung des Attentats geben. Als dann die Hupe ertönte, wurden die Handgranaten geworfen und gleich darauf erfolgte die Explosion. Nach Verlesung dieser Aussagen weigerte sich Quassek erneut, jetzt mündlich auszusagen. Ebenso erklärte der Angeklagte Klimmeck, nicht aussagen zu wollen.

Der nächste Angeklagte Weiß weigerte sich gleichfalls die Aussage. Endlich erklärte der

Angeklagte Dembkowski, zur Aussage bereit zu sein, um die Vorgänge näher zu erläutern. Dembkowski sagte, von Weiß habe er gehört, daß

dessen Sturm den Befehl habe, Abraham „umzulegen“.

Quassek hatte bei seinem polizeilichen Verhör bestritten, daß der Sturm 3 in Allenstein den Befehl erhalten habe, den Kommunistenführer Abraham als das geistige Haupt der Kommunisten umzulegen. Dembkowski hatte ebenfalls in seinem Protokoll das Wort „umlegen“ gebraucht. Heute sagte er, dies Wort sei bisher in der gerichtlichen Vernehmung mißverstanden worden. Er habe mit dem Wort gemeint, die Gesinnung Abrahams solle umgelegt werden.

Dembkowski, der die Sturmkaße hatte, erklärte, Weiß sei zu einer Kassenrevision erschienen und erst dabei sei man auf die politischen Verhältnisse und die geplanten Attentate zu sprechen gekommen. Nach seiner Aussage hat er dem am Handgranatenattentat beteiligten Quassek auf Anweisung 50 Mark ausgezahlt. Der Angeklagte übertreibe sich dann weiter zu der Herkunft von Sprengkapseln, die mit einem Auto aus Gilgenburg nach Allenstein gebracht wurden.

Ein Verteidiger erklärte, daß hier ein völlig neues Moment in der Verhandlung auftrete, und der Staatsanwalt beantragte, wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit zunächst auszuschließen, auch die Vertreter der Presse. Auf Gerichtsbeschluss wurde die Öffentlichkeit, einschließlich der Presse, für diesen Teil der Verhandlung, der der Klärung der Herkunft der Sprengkapseln dient, ausgeschlossen, und

Zuhörer und Pressevertreter mußten den Saal räumen.

Um 12¼ Uhr wurde die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Nach der Ablehnung des Antrags, Angeklagten Spalding vom Richteramt auszuschließen, da dieser die Stellung eines Untersuchungsrichters innegehabt habe, hat die Verteidigung um eine Beratungspause. Die Verhandlung wurde bis 3 Uhr nachmittags vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung verlas einer der Verteidiger ein an Dr. Bracht gerichtetes Telegramm, in dem unverzügliche Ueberweisung des Gesamtverfahrens an das ordentliche Gericht gefordert wird, da nur so die Rechte und Interessen der Angeklagten gewahrt werden könnten. Das Gericht beschloß sodann, den Antrag auf Aussetzung der Verhandlung bis zur Entscheidung des Reichskommissars abzulehnen.

Es wurde dann der Angeklagte Bethke vernommen. Ein Protokoll von der Vernehmung des Weiß enthält die Angabe, daß Bethke Weiß gegenüber erklärt habe: „Gruppenführer Litzmann sitzt im Wehrkreis-Kommando und hat dort Einfluß in nationalsozialistischem Sinne. Ihr braucht nichts zu befürchten.“

Die Reichswehr ist von allem unterrichtet.“

Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, er als alter Soldat hätte die Unmöglichkeit des im Protokoll Behaupteten einsehen müssen. Bethke erwiderte darauf: „Jawohl, es ist nicht richtig, was du behauptet wird. Es ist mir auch völlig undenkbar.“

Zu weiteren Erörterungen dieser Frage wird auf Anregung der Verteidigung

die Öffentlichkeit samt der Presse wegen Gefährdung der Staatssicherheit dann wiederum ausgeschlossen.

In der geheimen Sitzung will der Angeklagte über die Herkunft der Handgranaten und Sprengkapseln Auskunft geben.

## Papen

### verordnet Burgfrieden

Alle öffentlichen politischen Versammlungen vom 6. bis 19. November verboten.

Berlin, 3. November.

Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Zeit vom 6. bis 19. November befristet.

Diese Verordnung ist besonders deshalb unerträglich, weil am 13. November in Sachsen die Gemeindevahlen stattfinden. Schon mit Rücksicht hierauf fordern wir die sofortige Wiederherstellung der Möglichkeit, öffentliche Versammlungen durchzuführen!

## Gewaltmaßnahmen einer Naziregierung

### Die Deutschnationalen müssen um Hilfe rufen

Eutin, 2. November.

CNB. Der nationalsozialistische Regierungspräsident Boehmcker-Eutin hat den deutschnationalen Bürgermeister der Stadt Eutin, Dr. Steffregen, seines Amtes enthoben.

Dr. Steffregen wurde heute Nachmittag durch ein Kommando der Schwarztauer Ordnungspolizei unter Führung eines Polizeihauptmanns aus seinen Amtsräumen entfernt. Der Bürgermeister hat den Polizeihauptmann auf die Ungesetzlichkeit seines Vorgehens hingewiesen und beim oldenburgischen Staatsministerium telegraphisch Beschwerde erhoben.

Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat in einem an den Reichsinnenminister gerichteten Telegramm um das Einschreiten des Reiches im Interesse von Recht, Ruhe und Ordnung gebeten.

Oldenburg, 3. November.

CNB. In der gestrigen Sitzung des oldenburgischen Stadtrates wurde ein nationalsozialistischer Antrag, den Oberbürgermeister zur Disposition zu stellen und den Magistrat zu beauftragen, die Stellungnahme des Staatsministeriums zu diesem Antrage herbeizuführen, mit 25 gegen 16 Stimmen angenommen.

In unterrichteten Kreisen nimmt man allgemein an, daß die nationalsozialistische Regierung diesem Antrage der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion entsprechen und demnächst einen Nationalsozialisten als Oberbürgermeister in Oldenburg einsetzen wird.

## Zaleski zurückgetreten

Warschau, 2. November.

Außenminister Zaleski ist zurückgetreten. Als Nachfolger ist sein bisheriger Mitarbeiter, Oberst Beck, ausersehen. Beck gilt als Vertrauter des Marschall Pilsudski, dessen langjähriger Adjutant er früher war.

Zaleski bekleidete das Amt eines Außenministers seit der Machtübernahme durch Marschall Pilsudski im Sommer 1926 und vertrat Polen bei allen internationalen Konferenzen.

Wie es heißt, soll aber Zaleski auch weiterhin dazu ausersehen sein, Polen bei den Ratssitzungen des Völkerbundes als erster Delegierter zu vertreten.

der Misere vorausgesagt hat. Es wäre ein einzigartiger Genick, ihn in seinen zahllosen Reden und Erklärungen der letzten Jahre zu verfolgen, würde nicht das Elend von über 12 Millionen amerikanischen Arbeitlosen, die Ausbeutung von Millionen Baumwoll- und Zuckerknauern, die schmutzige Knechtschaft von Millionen chinesischen Minenarbeiter, das menschenwürdige Dasein von Millionen und aber Millionen mittel- und südamerikanischer Proleten, die ihre Haut für den Profit des amerikanischen Kapitalismus bei Bomben und Petroleumbohrungen zu Markte tragen müssen.

Bei Annahme seiner Kandidatur im Jahre 1929 erklärte Hoover: „Arbeitslosigkeit im Sinne von Not verschwindet immer mehr und mehr.“ In Amerika und wir heute dem endgültigen Sieg über die Armut näher als je zuvor in der Geschichte irgendeines Landes.“ (Wie bekannt, glauben auch unsere ADOLPH-LITZMANN an diese Heilsbotschaft.) Der Produktionsindex lag bei 110, es war ungefähr ein Jahr vor dem großen Börsensturz aller Zeiten. Am 25. 10. 1929, als auch ein Blinder die Wirkungen dieses Schocks hätte deutlich merken können, ließ sich Hoover also vernehmen: „Das fundamentale Geschäft des Landes, die Produktion und Verteilung des zum Leben Notwendigen, ruht auf einer gesunden und prosperierenden Grundlage.“ Der Produktionsindex war in diesen Wochen von 125 auf 105 Prozent gesunken. Am 15. November desselben Jahres erklärte er jedem für seinen Narren, der Mangel an Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft oder in die starke Basis der amerikanischen Wirtschaft“ habe.

Das Verhängnis nahm trotz aller Beschwörungen weiter seinen Lauf. Die Arbeitslosigkeit wurde immer mehr zu einem Problem, das ein staatliches Eingreifen erforderlich gemacht hatte. Als aber am 4. Juni 1930 eine Abordnung von Bischöfen, Bankiers und Industriellen von Hoover energische Maßnahmen verlangte, wurde ihnen die klassische Antwort zuteil: „Gentlemen, Sie sind sechs Wochen zu spät gekommen.“ Er war von dem Erfolg seiner völlig unzulänglichen Aktionen überzeugt, aber die Produktionsziffern sackten weiter ab. Die damals vom Parlament vorgeschlagenen Maßnahmen wären eine fühlbare Linderung gewesen, aber sie verfielen Hoovers Veto. Heute, wo sie in wesentlich größerem Umfang durchgeführt werden müssen, bedeuten sie für die 13,5 Millionen Arbeitslose sehr, sehr wenig. Jeder weiß das, nur Hoover ist von seinem Prosperitätswahn, von seinem krankhaften Optimismus nicht zu heilen. Am 22. 5. dieses Jahres führte er aus: „Was Sie und ich wünschen, ist normale Arbeitsverhältnisse wieder herzustellen. Ich bin davon überzeugt, wenn das von mir dem Kongress vorgeschlagene Programm unverzüglich durchgeführt wird, und wenn alle Hand in Hand arbeiten, werden wir das Ziel erreichen, nach dem wir solange gestrebt haben.“ Der Produktionsindex aber liegt heute bei etwa 55 Prozent, die Banken und Bahnen werden zu großen Teilen nur noch durch Staatskredite gehalten, die Eisenindustrie nutzt ihre Kapazität zu 10, 12, 15 Prozent aus.

Pity Hoover (bemitleidenswerter Hoover) nennen ihn seine Freunde, und in der Tat, er ist beimärschwert in seiner Hilflosigkeit, hilflos, obwohl ihm eine Machtfülle in die Hand gegeben ist wie keinem anderen Menschen. Wir sind gewiß nicht verwöhnt, was Weitsicht und Einsicht der wirklichen oder vermeintlichen Lenker unserer Geschicke angeht. Und wir wissen auch, daß der Bankrott und die Hilflosigkeit Hoovers gegenüber dem wirtschaftlichen Geschehen nur der sinnfällige Ausdruck der Sinnlosigkeit und des Bankrotts der kapitalistischen Wirtschaft ist. Aber Menschen, die mit einer solchen Enge, mit einer solchen Verlegenheit den Problemen gegenüberstehen, die sie meistern sollten, gibt es wenige. Der Mensch fängt für Hoover erst beim Amerikaner an, die menschliche Gesellschaft erst bei der amerikanischen „Demokratie“, die Wirtschaft erst bei dem Kapitalismus.

Ein Wort ist für den ganzen Menschen Herbert Hoover kennzeichnend, wenn man überlegt, zu welcher Zeit es gesprochen wurde. Er nahm 1919 an der Friedenskonferenz teil, die das grausige Morden der kapitalistischen Welt zum Abschluß bringen sollte. Und welche Erkenntnisse brachte er mit? Ungebrochen, ohne Schwanken, so sprach er: „Meine Ueberzeugung ist, daß der Sozialismus als Grundlage der menschlichen Gesellschaft bereits bankrott gemacht hat. Unter Strömen von Blut und unermeßlichen Leiden hat er sich als ein wirtschaftlicher und geistiger Trugschlag erwiesen.“ Am Ende der Präsidentschaft dieses Mannes aber steht eine nie gesehene Arbeitslosigkeit, steht der Angriff mit Tränengas, Brandbomben und Bajonetten gegen die Bonusarmy (Armee der nach Washington marschierten Kriegsveteranen) — und jetzt die Börsenhausse. Sie ist gemanagt mit rund vier Milliarden Dollar Regierungsgeldern, ihr einziger Zweck: bis zum Wahltag prosperity vorzugaukeln, um eine sachliche Basis für die Wiederwahl Hoovers zu schaffen. Die Aussichten für ihn stehen schlecht. Daß ihn seine Partei wieder aufgestellt hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß sie ihn nicht fallen lassen konnte, wollte sie nicht mit 100 Prozent Gewißheit den Präsidentenposten und damit unermeßliche Machtpositionen den Demokraten überlassen.

Pity Hoover, aber noch mehr: pity America!

## Wieder „Hochverrat“

WTB. Der Matrosengefreite Kurt Spita wurde vom Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit versuchten militärischen Landesverrat zu drei Jahren Zuchthaus, Entfernung aus der Marine und sechs Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.



Der Nazi als Fechter

Dem Nazi gehts wohl schlecht? Herrie. Der arme braune Knabe, Er muß jetzt wie die Heilsarmee Nun fechten um 'ne Oabe.

Fängt ein Prolet das Fechten an, Weil er nichts drin um Magen, Dann kommt gewiß ein Schupomann Und nimmt ihn schnell am Kragen.

Doch wenn ein Nazi fechten tut, So ist dies eine Tugend, Er nennt es wohl mit frechem Mut Ertüchtigung der Jugend.

So steh'n sie an den Ecken 'rum Und klappern mit den Büchsen, Sie sehm'n wohl auch, sie sind nicht dumm, Von Juden auch und Schicksen.

Prolet, mach' alle Taschen zu, Denn mit dem Geld, dem schweren, Versorgt er sich, ich frau's ihm zu. Mit Säbel und Gewehren.

Ihr Nazis, nehmt 'nen Ratschlag an, Wie ihr könnt' bald genesen, Verkürzt euren großen Mann, Dem Adolf, doch die Spesen.

Doch eins müßt ihr bedenken, Wenn er nicht mehr im Gelde wühlt, Daß würde sehr ihn kränken; Dann würd' sein Eifer abgekühlt.

Merkd er, es kommd 'ne schlechte Zeit, Wenn is't ihm zuzufrauen, Daß er zu jeder Zeit bereit ins Ausland abzuhaueu.

M. D.

Na also!

Da sind wir ja beruhigt

Wie die Polizei mittelt, sind für die bevorstehende Reichstagswahl alle Vorkehrungen getroffen, um einen reibungslosen Verlauf der Wahlhandlung zu gewährleisten und etwaigen Störungsversuchen von vornherein entgegenzutreten. Insbesondere wird in und vor den Wahllokalen durch ausreichende Polizeikräfte für genügend Schutz gesorgt werden. Es kann also jeder seiner Wahlpflicht genügen, ohne

Alle Arbeiterkinder, Arbeitereltern

besuchen am Mittwoch, den 9. November, früh 10 Uhr, in der „Scala“, Nikolaistraße, etc.

Revolutionsfeier

der Arbeiterkinderfreunde Breslau.

Karten für Kinder 10 Pfg., für Erwachsene 20 Pfg., bei allen Helfern, Elternmitgliedern und Falken im Vorverkauf erhältlich. — Für alle Arbeiterkinder schulfrei. — Niemand versäume die Veranstaltung.

befürchten zu müssen, daß er irgendwie hehelligt wird.

Die Polizei hat über die Dauer der Wahlzeit hinaus für die Nacht zum Montag, in der das Wahlergebnis bekanntgegeben wird, alles veranlaßt, um etwaige Störungsversuche zu verhindern. Verboten ist die Bekanntgabe des Wahlergebnisses auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen innerhalb des Polizeibezirks Breslau durch Lautsprecher, Plakatanschlag, Aushang von Mitteilungen und Lichtbildübertragungen. Der Ausschank von Branntwein ist, wie bereits bekanntgegeben, für den 5. und 6. November bis zum Eintritt der Polizeistunde verboten worden.

Die Polizei richtet an die Bevölkerung Breslaus die Bitte, die schwierige Aufgabe der Polizei zu erleichtern; insbesondere wird empfohlen, sich von allen Zusammenrottungen fern zu halten und allen Anordnungen, die von Polizeibeamten getroffen werden, Folge zu leisten.

Auch vor den letzten Wahlen hatte die Polizei ein ähnliches Kommuniqué herausgegeben.

Am Wahltag selbst konnten aber die Nazis ungehindert ihren Terror ausüben. Unzählige Opfer hatte die Arbeiterschaft an diesem Tage zu beklagen.

Das war am letzten Wahlsonntag... Und heute...?

Nazis schänden das Grab Lassalles

In der Dienstagnacht haben Naziruben das Grab Ferdinand Lassalles auf dem jüdischen Friedhof in der Lohestraße besudelt. Sie malten auf die Rückseite des Grabes ein großes rotes Hakenkreuz. Auch die Rückseiten der beiden benachbarten Gräber mußten für eine Sudelerei in 40 bis 50 Zentimeterbuchstaben „Nur Liste 1 macht dich frei“ erhalten.

Lassalle hat während seiner Lebenszeit und nach seinem Tode viele Feinde gehabt, die

ihn mit Geißel und Haß bekämpft haben. Aber noch nie ist es passiert, daß man sein Grab besudelt hat. Dies blieb der sich „sozialistisch“ nennenden „Arbeiterpartei“ der Nazis vorbehalten.

Deutschlands Proletariat hat nur ein „Pfui“ für diese Tat. Ein Proteststurm muß ob dieser Grabeschändung durch die Reihen aller Sozialisten aller Länder gehen!

Fort mit dem Nazi-Spuk in Deutschland!

November 1918 November 1932

Dem Gedenken der Revolutionen

„Warum habt ihr nicht einen größeren Saal genommen?“, fragte mich vorwurfsvoll ein Klassen-genosse, der zur zweiten Vorstellung sich vergeblich bemüht hatte, noch die Berechtigung für einen Stehplatz zu erlangen. Hunderte mußten umkehren. Der Saal war brechend voll. Auch bei der Veranstaltung zwei Stunden früher, um 6 Uhr, konnte man nur mit Mühe sich einen Platz erobern. Ja, fürwahr eines komischen Todes sind die Sapler gestorben, wenn sie zwei solche Veranstaltungen füllen.

Feierlich ertönen die Klänge der Beethoven'schen „Egmont“-Ouvertüre.

Und dann ertönt der Boden des Konzerthauses unter dem Marschtritt der einmarschierenden Ehrenwache für die Lassalle-fahne. Die Sturmbanner der Distrikte folgen. Wohl ausgerichtet stehen die Schutzbund-genossen mit den Fahnen auf dem Podium.

Genosse Paul Frölich,

der alte Spartakuskämpfer, der Mitarbeiter Lenins, erscheint unter stürmischem Begrüßungsjubel der Anwesenden und beginnt mit seiner Ansprache.

Schon nach wenigen Sätzen ist die gewaltige Versammlung völlig im Banne seiner Ausführungen. Er spricht von den Erfahrungen der Revolutionen, beginnend mit der großen französischen, und schildert Etappe für Etappe des erwachenden Klassenbewußtseins des Proletariats.

Die Ansprache des Genossen Frölich während der ersten Veranstaltung ist dem Gedenken der russischen Novemberrevolution gewidmet. Seine Worte lassen diese gewaltigste aller Revolutionen mit all ihrem Leid, mit all dem Gigantischen, mit all den Kämpfen, mit all den Rückschlägen wieder lebendig werden. Und als er eine Episode, die Radek ihm in Moskau erzählt hat, schildert, wie während des Bürgerkrieges, als die weißen Interventionsarmeen einen engen Gürtel um Moskau und Leningrad gezogen hatten, als Wrangel nur noch wenige hundert Kilometer vor Moskau stand, Lenin in einer Sitzung aufgestanden sei und davon gesprochen habe, daß man mit dem Aufbau, mit der Elektrifizierung des Landes, beginnen müßte und wie er beantragte, ein Kraftwerk

50 Kilometer vor Moskau sofort zu bauen... Als Genosse Frölich diese Episode erzählt, ist es so mäuschenstill im Saal, daß man eine Stecknadel hätte fallen hören können.

Als Parallele hierzu eine Sitzung des Volkbeauftragtenrates in Berlin. Kautsky steht auf und erklärt, man dürfe seinen Kahn nicht an ein untergehendes Schiff binden, man dürfe sich nicht nach Sowjetrußland orientieren, sondern man müßte dazu kommen, eine Verständigung mit dem Westen zu erlangen.

Die große russische Revolution wurde damals geführt durch eine kleine Partei, durch eine kleine Schaar von zielklaren und tatkräftigen Männern. Die Bolschewiki damals haben nur gesiegt, weil sie sich ein richtiges Ziel gesteckt, weil sie mit richtigen Mitteln den richtigen Weg zu diesem Ziel gegangen sind.

Es kommt daher für uns als die kleine Partei, die wir heute zwischen den großen proletarischen Parteien stehen, die Fehler auf Fehler häufen, an — nachdem wir das richtige Ziel erkannt haben —, den richtigen Weg zu gehen. Ueber allem muß aber der Wille zur Revolution stehen. Revolution und nur immer Revolution.

(In der zweiten Veranstaltung setzte dann Genosse Frölich seine Gedankengänge am Beispiel der deutschen Novemberrevolution fort und erläuterte, warum diese Revolution zusammenbrechen mußte. Revolution zu machen ist keine romantische Angelegenheit, wie sie später vielleicht durch die Geschichtsschreibung dargestellt wird, sondern ist ein bitterer und leidvoller Weg zur Erringung der Macht.)

Anschließend an die Ansprache lief dann der gewaltigste aller Filme, der „Panzerkreuzer Potemkin“.

Erschüttert und aufgewühlt, mit dem Willen zur Tat und dem Bewußtsein, daß nur der revolutionäre Ausweg uns aus dem Chaos des Kapitalismus zum Sozialismus und zum Aufbau einer neuen, freien, arbeitsfreudigen Menschheit führen kann, verließen die Genossen die eindrucksvolle Revolutionskundgebung, die zugleich für unsere Ideen und für unsere Kampfziele als SAP wirksam geworden hatte.

Ein Grenzzwischenfall

Aufgeregt raschelt es im Blätterwald der bürgerlichen Presse. Spaltenlang werden Berichte, Gutachten, Aussagen, über einen Zwischenfall an der deutsch-polnischen Grenze bei Sorowski, Kreis Guttentag, wiedergegeben. Ein deutscher Bäckerlehrling, Popanda mit Namen, hatte nämlich die Grenze überschritten und ist von einem polnischen Grenzbeamten erschossen worden.

Von der Regierung Oppeln wird der Vorfall amtlich geschildert:

„Popanda hatte sich zum Besuch eines befreundeten polnischen Mädchens zehn Meter über die grüne Grenze begeben und war gegen 14 Uhr von einem polnischen Grenzbeamten überrascht worden. Der Anruf zweier Zeugen, die sich auf deutschem Gebiet befanden, kam zu spät. Popanda wurde durch den polnischen Grenzbeamten der Rückweg zur Grenze abgeschnitten. Auf Anruf des Beamten blieb er stehen, hob die Hände hoch und erklärte dem

Beamten, er habe keine Schmuggelwaren bei sich, er möchte ihn nicht erschiesen. In dem Augenblick, als Popanda sich nach dem rückwärts von ihm stehenden Mädchen umseh, schoß ihn der polnische Beamte in den Rücken. Der Schuß durchbohrte den Körper des Popanda und kam unterhalb der linken Brustwarze wieder heraus. Die Kugel fiel auf deutsches Gebiet. Popanda rollte in einen trockenen Graben und blieb schwer verletzt ca. 20 Meter von der Reichsgrenze entfernt auf polnischem Boden liegen. Der polnische Beamte gab acht Alarmschüsse ab und legte sich ca. 30 Schritt von dem Verletzten hinter einen Baum in Anschlag, kümmerte sich nicht um den Verletzten und verhinderte, daß die deutschen Zeugen dem Verletzten die erste Hilfe brachten. Erst gegen 17 Uhr gelang es inzwischen herbeigekommenen deutschen Zollbeamten, durch lange Verhandlungen den Polen zu bewegen, zuzulassen, daß ein deutscher Zollbeamter den

Verletzten notdürftig verband. Ein Abtransport in ein deutsches oder polnisches Krankenhaus wurde verhindert. Nach Eintritt der Dunkelheit, gegen 19 Uhr, während zwischen den Beamten immer noch verhandelt wurde und währenddessen sich eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, gelang es dem Vater des verletzten Popanda, den todwunden Sohn unbemerkt auf deutsches Gebiet herüberzuziehen, ihn in einen Wagen zu laden und in seine Wohnung zu schaffen. Die amtlichen Bemühungen kamen jedoch zu spät. Popanda starb gegen 20 Uhr.

Die bürgerliche Presse schiebt die Schuld dem Polen zu und überschlägt sich in chauvinistischen Tönen in ihrem Haß gegen den Polen. Selbst der obenstehende amtliche Bericht läßt diese Töne durchleuchten. Wir sehen aber in diesem Vorfall die Auswirkung der kapitalistisch-nationalistischen Hetze zweier Länder gegeneinander. Für uns ist nicht der Grenzbeamte schuldig, sondern die Systeme zweier kapitalistischer Staaten, die sich in ihrer imperialistischen Konkurrenz mit Zollmauern unter schäufster Abriegelung der Grenzen umgeben haben. Die Grenze ist ein Symbol der imperialistisch-kapitalistischen Staaten, die dereinst zwischen den proletarisch-sozialistischen Staaten fallen wird.

Ungeheurer Lohnabbau im Strehleiner Baugewerbe

Die Bauunternehmer haben ab 1. November die Stundenlöhne der Bauarbeiter von 86 Pfg. auf 52 Pfg. reduziert. Im Frühjahr wurden dabei schon einmal die Stundenlöhne um 15 Pfg. gesenkt.

Hierbei sei besonders zu erwähnen, daß den Bauunternehmern der Abbau der Löhne nicht weit genug gehen konnte. Das ist die berühmte „Arbeiterfreundlichkeit“ der Nazi. Für das klassenbewußte Proletariat kann es nur eine Parole geben, gegen solche Nazi-lohnräuber und gegen diese Hungerlöhne sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen.

Wählt Liste 18.

Achtung!

Achtung!

An alle Einzelbezieher!

Das Bezugsgeld für November ist fällig! Pünktliche Bezahlung sichert pünktliche Lieferung der „SAZ“. Alle Zahlungen sind zu richten an Walter Gebert, Breslau 6, Postcheckkonto 75788.

„SAZ“-Geschäftsleitung.

Razzia nach dem verschwundenen Knaben Horst Schulz

Waldenburg, 2. November.

Die hiesige Kriminalpolizei setzt ihre Ermittlungen nach dem Verbleib des seit Ende Juli d. J. verschwundenen 10-jährigen Knaben Horst Schulz eifrig fort. Die Kriminalpolizei geht davon aus, daß der Knabe nicht mehr unter den Lebenden weilen kann. Dafür spricht auch die Tatsache, daß der Vater des verschwundenen Knaben in der Verhandlung vor dem Waldenburger Sondergericht sich nicht die geringste Mühe gegeben hat, den auf ihm lastenden Verdacht, seinen Jungen Horst gewaltsam beseitigt zu haben, von sich abzulenken. Nunmehr hat eine Bereitschaft der Schutzpolizei die Wälder um Dittersbach systematisch abgesucht und überall da, wo die Möglichkeit bestand, daß etwas gefunden werden könnte, Grabungen vorgenommen. Leider hat die großzügig angelegte Razzia keinen greifbaren Erfolg gezeitigt. Die Kriminalpolizei hat jedoch die Absicht, weitere durchgreifende Aktionen einzuleiten, um endlich das Verschwinden des Knaben Horst restlos aufzuklären.

Brände

Guttentag, 2. November.

In Klein-Lagiewnik brannten zwei Anwesen nieder. Das Feuer kam in dem Wohnhaus des Landwirts Wlodarz aus und griff auf Stall und Scheune über, die ebenso wie das Wohnhaus binnen kurzer Zeit von den Flammen vernichtet waren. Die Bewohner konnten nichts retten.

Ein Stimmungsbild

„Eiserne-Front“-Gemeinschaft in Strehlen

Strehlen, 2. November.

Die Gewerkschaft betreibt SPD-Politik. — Die Kinderfreunde werden vom Reichsbannermann aus Breslau kommandiert. — Die SAJ wird indifferent. — Die SPD feiert Wahlkundgebungen mit Tanz. — Und der „Linke August“ diktiert!

Morgen Freitag!

Was bringt der neue Reichstag der Arbeiterschaft?

Darüber spricht

Genosse MAX SEIDEWITZ, BERLIN

In einer öffentlichen Wahlversammlung im „Bergkeller“ morgen, Freitag, 19.30 Uhr.

Verdiener 10 Pfg.

Erwerbslose 5 Pfg.

# Greifswalds Blutsonntag

## Vor dem Schwurgericht — Zeugenvernehmung und Lokaltermin

(Sonderbericht der SAZ)

Als erster Zeuge wird der Kriminalassistent Eppstein-Stettin vernommen, der mit dem Kriminalkommissar Voß Greifswald die polizeiliche Voruntersuchung geführt hat. Er sagt aus, daß bei den mehrfach durchgeführten Untersuchungen in den Baracken und bei der vorgenommenen Leerrung der Akarte keine Waffen gefunden sind.

Als zweiter Zeuge folgt der Landwirt Bahm aus Sassan. Er hat zu den Nationalsozialisten gehört, die aufRIDern abends nach ihren Wohnorten Drahlow, Sassan usw. fahren wollten und sich nicht an den Baracken vorbeihielten. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie denn nicht die vorbeifahrenden Landlauer um Begleitung ersucht hätten, weiß er keine Antwort zu geben. Auf die weiteren Fragen des Vorsitzenden, der befragt, daß er alles mit Zangen und Hebeln aus diesem Zeugen herauszuholen müsse, gibt er an, daß sie von dem Kaufmann Hüssel aus noch SA-Verstärkung telefoniert haben. Als diese anmarschierte, haben sie sich auf ihre RIDer gesetzt und sind bis zu den Baracken langsam vorweg gefahren. Von hier sind dann Schüsse gefallen, worauf sie dann

auf den Ruf: „SA van!“ auf das Grundstück der Baracken gestürmt sind.

Am zweiten Verhandlungstag wird als erster Zeuge der damalige Sturmadjutant Paul Kötter vernommen. Er hat den Auftrag erhalten, mit ca. 30 Mann die auswärtigen Leute zur Stadt herauszubringen. Unterwegs hat er dann noch den Sturm-Büchseler dazugenommen. Er schildert die Kämpfe und belastet einige Barackenbewohner. Auf die Frage des Verteidigers, ob er eine Waffe gehabt und geschossen hat, antwortet

### Für die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen zum Kampf gegen die Papen-Barone gegen die Hungernotverordnungen gegen den bankrotten Kapitalismus gegen die braunen Kapitalknechte für Arbeit und Brot für die Diktatur des Proletariats für den Sozialismus wirkt die SAP

Darum stimmt für die Liste 18!

er, daß er nie eine Waffe besessen habe. Der Verteidiger hält ihm vor, daß er kürzlich aus dem Arbeitslager Zastrow entfernt worden ist, weil er mit einem Revolver geschossen hat. Vorlegen gibt er zu, wendet dann ein, daß sich später herausgestellt hat, daß es nur eine Schreckschußpistole gewesen ist. Auf die nächste Vorhaltung des Verteidigers, daß er nach der Schießerei wie ein Verrückter oder Betrunkener gerast habe, wobei er sich das Gesicht mit dem Blut aus der Lache eines Erschossenen beschmiert habe und sich dann als tot vom Platze habe tragen lassen, schweigt er.

### Der Lokaltermin

Ein riesiger Kraftwagen der Kleinbahngesellschaft, der mit der größten Mühe des Fahrers auf den Gefängnishof manövriert wird, nimmt die 22 Angeklagten auf. Die Fenster sind dicht verhängt, als er an der vor dem Gerichtsgebäude wartenden Menschenansammlung vorbeifährt, ein brausendes „Rot Front!“ geht von der Menge aus dem Wagen nach. Ein Stadtbüchse mit dem Gericht und ein Kraftwagen mit der Polizei-Bewachungsmannschaft sind schon vorausgefahren.

Fünf hintereinanderliegende Baracken, Tür an Tür, jede Wohnung aus einem Raum bestehend, so hausen Arbeiter, die, jahrelang ohne Arbeit, keine Miete mehr zahlen konnten und exmittiert wurden. An jeder Ecke einer Baracke ist ein Schupo postiert, niemand darf seine Wohnung verlassen, die Fenster müssen geschlossen sein. Rote Fahnen und ein Transparent mit der Forderung

„Freispruch für unsere Väter und Söhne, die uns vor der braunen Mordpest retteten!“

musften vor Ankunft des Gerichts entfernt werden. Fenster werden geöffnet, hier eine rote Fahne herausgeschwenkt, da den angeklagten Genossen ein „Rot Front“ zugerufen. Aus verschiedenen Wohnungen hört man die Internationale auf dem Grammophon oder der Handharmonika gespielt. Die Frauen der dort wohnenden Angeklagten stehen weinend hinter den Fenstern, Kinder rufen nach ihrem Vater — so geht es von Baracke zu Baracke.

Unstinnig erscheinen hier die Behauptungen der Nazis, daß sie von den Baracken beschossen und selbst unbewaffnet gewesen sind. Unstinnig, da es jeder Logik widerspricht, daß unbewaffnete Menschen direkt in das Feuer hineinlaufen, statt sich in Sicher-

heit zu bringen. Bis zur dritten und vierten Baracke sind die Nazis vorgezogen, an der dritten Baracke sind zwei ihrer Leute gefallen. Wohl jedem mußte sich bei dem Lokaltermin die Frage aufdrängen:

Was hatten die Nazis hier hinten zu tun?

Die angeklagte Frau Guldner gibt an, wo sie ihren Mann gesehen hat und den Nationalsozialisten, der auf ihn schob. In derselben Richtung wurde ein Einschlag in der Wand festgestellt.

Als die Angeklagten wieder in den Kraftwagen steigen, stimmen die Barackenbewohner, die inzwischen ihre Wohnungen verlassen und sich an der Chaussee angesammelt haben, die Internationale an, — wieder folgen dem Wagen stürmische „Rot Front“-Rufe.

### Wichtige Zeugenaussagen

Außer dem Polizeihauptwachtmeister Hampe, der zu dem Überfallkommando gehörte, aber keine wesentlichen Aussagen machen kann, werden an diesem Tage wieder nur nationalsozialistische Zeugen vernommen. Abgesehen von einem der fünf SS-Leute, die den Zug als Vorhut begleiteten, der klare und bestimmte Aussagen macht, ist ein Zeuge wie der andere sie, machen einen äußerst befängenen, teilweise kläglichen Eindruck, verwickeln sich in Widersprüche und stellen sich mit ihren Aussagen im Gegensatz zueinander und zu ihren in der Voruntersuchung gemachten Aussagen. Immer wieder kommt als Antwort: Das weiß ich nicht! — Nur womit sie die Angeklagten belasten können, das wissen sie, wie der Verteidiger sehr richtig bemerkt. Sie bleiben auch fast ausnahmslos vorläufig unvereidigt.

Interessant war an diesem Tage die Vernehmung des Zeugen Golling-Greifswald, der den Barackensturm als SA-Mann mitgemacht hat, heute aber partellos ist. Golling sagt aus, daß erst geschossen worden ist, als eine Anzahl SA-Leute bereits auf dem Barackengrundstück waren. Ferner, daß ein SS-Mann links von der Baracke geschossen hat, und auf eine Frage des Verteidigers erzählt er,

daß die SA-Leute schon am Vorabend eiserner Schrauben in das untere Ende des Schalterriemens eingeffügt haben.

Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, daß er früher etwas anderes ausgesagt habe, gibt der Zeuge an, daß er damals unter dem Einfluß der Nationalsozialisten stand, der soweit ging, daß er das, was sein Pg. Dr. Höhne ihm sagte, nämlich daß der Angeklagte Radloff auch geschossen hat, als richtig bezeichnete, obgleich er das gar nicht gesehen hatte — heute sagt er die volle Wahrheit.

Der partellose Arbeiter Bruno Nikolai, der dann verhört wird, wohnt in den Baracken und kam gegen 8 Uhr abends nach Hause. Als ihm gesagt wurde, daß die Baracken gestürmt werden sollen, sagte er noch: „Ach, mach' doch keinen Quatsch!“ Auf die ersten Schüsse ist er aus seiner Wohnung gegangen und hat dann gesehen, wie zwei Nazis geschossen. Als er ihnen zurief: „Was macht ihr?“, wurde ihm geantwortet: „Verschwinde, du Lump, sonst schleifen wir dich über den Haufen!“

Auch die Frauen Dora und Anna Zühlke, die von einem Fenster ihres neben dem Barackengelände gelegenen Gärtnergrundstücks aus die Vorgänge beobachteten, sagen mit aller Bestimmtheit, daß erst geschossen wurde, als die Nazis die Baracken gestürmt hatten. Der alte Woytasek, der an diesem Sonntag auf seinem Acker war, der längs der Baracken liegt, gibt ebenfalls mit aller Entschiedenheit an, daß nicht von den Baracken aus nach der Chaussee geschossen ist, sondern daß erst eine Horde Nazis die Baracken stürmten, und als diese auf dem Grundstück waren, fielen die ersten Schüsse.

Ein anderer Zeuge, der politisch völlig desinteressiert ist, hat von dem hinter den Baracken liegenden Hohenmühler Weg aus die Vorgänge beobachtet und hat gesehen, wie die Nationalsozialisten geschossen haben. Auch diesem Zeugen wird von der Staatsanwaltschaft ziemlich hart zuleibe gerückt, er bleibt aber fest bei seiner Aussage und ist bereit, diese auf seinen Eid zu nehmen. Er entlastet auch den Angeklagten Hoppach, der ganz abseits der Schießerei auf dem entgegengesetzten Ende der Baracke gestanden und die Hände in den Hosentaschen oder auf dem Rücken gehabt hat.

Die in den Baracken wohnende Friseurfrau Heitmann sagt auch, daß es ausgeschlossen sei, daß zuerst von den Baracken geschossen ist.

Ein Trupp Nazis kam auf den Hof gestürmt, es waren zuerst ca. 10 bis 15 Mann, die 6 bis 8 Schüsse abfeuerten.

Danach wurde ihnen die Fensterscheibe eingeschlagen, und sie hörte draußen einen SA-Mann sagen: „Hier wohnt der verfluchte Heitmann, den kaufen wir uns auch noch!“ Schon gegen Abend stand Radfahrer in Zivil vorbeifahren, die ihnen zugerufen haben: „Schützt euch, heute abend passiert was!“ Sie sagt u. a., daß sie und ihr Mann sich an nichts beteiligt haben (also politisch uninteressiert sind), und sie von den Barackenbewohnern auch als Nazis bezeichnet wurden. Auch die Frau des in den Baracken wohnenden Kunstmalers Schuster sagt, daß erst ge-

schossen wurde, als die Nazis die Baracken gestürmt hatten.

Auch die Hauptbelastungszeugin, die geschiedene Frau Cernikow, die sich im Verlauf ihrer Aussage als die Verlobte des Greifswalder Polizeimeisters Rieck bezeichnete und zu der Zeit in den Baracken wohnte, wird vernommen. Sie ist inzwischen von dort verzogen, weil sie sich ihres Lebens nicht mehr sicher war. Sie gibt an, daß sie nachher einen Nervenzusammenbruch erlitten habe, und sich daher nicht mehr genau auf alles besinnen könne. Während ihrer Aussagen kommt es zu ersten Auseinandersetzungen mit den Angeklagten, die — wohl nicht zu unrecht — vermuten, daß die Beschuldigungen dieser Frau

## Unsere Kandidaten im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau

1. Max Seydewitz
2. Dr. Klaus Zwilling
3. Eduard Weckerle
4. Arno Julius Bauer, Metallarbeiter, Plauen i. V.
5. Richard Mückel, Bürgermeister, Gelenau i. Erzgeb.
6. Max Winkler, Steinmetz, Zwickau i. Sa.
7. Ludwig Hacke, Redakteur, Plauen i. V.
8. Klara Motta Petzold, Hausfrau, Mylau i. V.
9. Will Hennewitz, Arbeiter, Chemnitz
10. Gertrud Elisabeth Worech, Helferin im Kinderheim, Zwickau i. Sa.
11. Max Schlosser, Lehrer, Klingenthal
12. Kurt Baldauf, Wirker, Altmittweida
13. Felix Albert Unger, Maurer, Eibenstock i. Erzgeb.
14. Helmut Breitung, Angestellter, Buchholz i. Sa.
15. Hans Paul Weber, Markthelfer, Plauen i. V.
16. Bernhard Ziehr, Schlosser, Plauen i. V.
17. Max Leistner, Gewerkschaftsangestellter, Zwickau i. Sa.
18. Adam Zängny, Schlosser, Plauen i. V.
19. Oswald Tunger, Sticker, Falkenstein i. V.
20. Walter Fischer, Schlosser, Wilkau i. Sa.
21. Walter Fritz Mühling, Weber, Crimmitzschau
22. Anna Wolfrum, Heimarbeiterin, Plauen i. V.
23. Erich Wermes, Lehrer, Zwickau i. Sa.
24. Franz Walter Merz, Schriftsetzer, Plauen i. V.

## Hamburg im Wahlkampf Max Seydewitz spricht vor einem überfüllten Saal

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Die SAP Hamburg hatte in kurzer Zeit zum zweiten Male ihre Genossen und Genossinnen, insbesondere aber auch ihre Freunde und Anhänger aufgerufen zu einer politischen Aussprache. War die Rosenfeld-Versammlung schon ein voller Erfolg, so ist dieser durch die heutige Seydewitz-Versammlung bei weitem übertrufen.

Der Gen. Busch konnte die Versammlung vor überfülltem Saale pünktlich eröffnen und kurz einleitend dem Gen. Max Seydewitz das Wort zu seinem Referat:

„Das sozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm“

erteilen. In zündender Art und Weise, die in großer Hinnehmung von allen aufgenommen wurde, konnte der Gen. Seydewitz die augenblickliche Lage der deutschen Arbeiterklasse umreißen.

In der Aussprache meldeten sich keine Gegner, obgleich gerade aus den Kreisen der SPD und der KPD viele Gäste da waren. Der Gen. Busch forderte in begeisternden Worten zum Eintritt in die SAP und zu Wahl unserer Liste 18 auf. Gleichzeitig gab er bekannt, daß der Ortsverein Hamburg am 6. November 1932, morgens 11 Uhr, an den Gräbern der Revolutionsgefallenen in Ohlsdorf eine Kranzniederlegung vor-

aus Rache erfolgen. Nach ihren Aussagen sollen nachts Übungen im Hohenmühler Weg Scharfschießen veranstaltet worden sein. Zirks 1 Meter hohe Steinhaufen seien zusammengetragen worden. Jeden Tag wäre auch nach der Scheibe geschossen worden. Wie sie dann aufrückte, haben die arbeitlosen jungen Leute sich mit einem Luftgewehr vergewagt. Sie belastet auch den Angeklagten Bendt, den sie sonst aber als einen sehr ruhigen und ordentlichen Mann schildert. Bendt, der — wie schon im vorigen Bericht erwähnt wurde — überhaupt nicht zu Hause gewesen ist, soll mit einem Revolver in der Hand auf Holzpantoffeln an der Baracke vorbeigelaufen sein. Bendt macht darauf aufmerksam, daß schon gar nicht richtig sein kann, durch eine Kriegsverwundung sind die Zähne seines rechten Fußes steif, so daß er nicht auf Holz-pantoffeln laufen kann. Die Fragen des Verteidigers sind dieser Frau sichtlich unangenehm. Sie fragt den Vorsitzenden, ob es überhaupt verpflichtet wäre, die Fragen des Rechtsanwaltes zu beantworten.

nimmt und forderte zu starker Teilnahme auf. Ebenso hat er um guten Besuch für die Revolutionsfeier am 13. November 1932, morgens 10 Uhr, in der Sachsenstraße 21.

Mit einem stark aufgenommenen „Kampfbereit“ wurde die Versammlung geschlossen. Spontan erklang die „Internationale“ als würdiger Abschluß dieser eindrucksvollen Versammlung.

### ORGANISATIONSNACHRICHTEN

#### SAP

Bezirk Mittelschlesien; Schriftort: Breslau. Kleine Holzfstraße 3. Telefon 567 60

Konzerthausveranstaltung. Alle restlichen Beiträge müssen sofort abgerechnet werden. Photos und Plakate sind sofort zurückzubringen (ins Sekretariat). Veranstaltungsgruppe der PKG, Freitag, 19.30 Uhr. Probe bei R.

SIV Sekretariat: M. Heiser, J. Sprachstunden Dienstes Mittwoch u. Freitag von 10-12 Uhr u. Donnerstag von 18-20 Uhr

Achtung! Achtung! Heute, Donnerstag, den 3. November, 30 Uhr, große Ernennung und Werbepokal des SIV vom Stadtteil Süd. Heim Sonnenstr. 88. Rezitation, Musik, Sprechchor. Eltern und Freunde sind eingeladen. Freundschaft!

### Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau E. V. Spielleute: Alle Spielleute, auch die Anfänger, erscheinen kommenden Sonntag, den 5. 11., 20 Uhr, zum Üb. in der Margaretenstraße, Taubenschloß, Ecke Grünstraße.

Arbeiter-Samariter-Bund E. V., Kolonne Breslau. Samariterskurse beginnen am heutigen Abend in der Volksschule Posenerstraße. Leitung Herr Dr. Schmerel. — Ein zentraler Kursus findet im Zwingergymnasium statt. Beginn 20 Uhr. Leitung Herr Dr. Powitzer.

### Geschäftliches

Schlank, elastisch und jung bleiben, wer möchte das nicht? Aber wie? Nicht fasten und hungern, sondern richtig und stannvoll ernähren, dem Körper die Baustoffe geben die er braucht. Trinken Sie jeden Morgen Kaba. Kaba schmeckt wie Schokolade ist nahrhaft und stofft nicht. Bleibe frisch, gesund und schlank durch Kaba den Pflanzentrunk.

Verantwortlich: Paul Hausack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Landdruck: Th. Schatzky AG, Breslau, Neue Gruppenstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzfstraße 5 1 Trappa. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6, Kleine Holzfstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 103 92. Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zusätzlich RM. 1.50 Porto monatlich.

### STADTHEATER

Donnerstag, 20—22.45 Uhr  
Abonn.-Vorst. D 5  
Der Miegeln-Händler

Freitag, 19—gegen 23 Uhr  
Abonn.-Vorst. C 5  
Die Meistersinger von Nürnberg

Sonnabend, 20—gegen 22.30 Uhr  
Mister Wu

### TOUHEATER

Täglich 20.15—22.45 Uhr  
Komödie der Irrungen

### LUDWIGSHOF

Täglich 20.15—22.15 Uhr  
Donnerstag, 17. April  
Sonntag, 13.30 Uhr  
Der Tielsapier

## KABA

### billiger!

Stets frisch bei:

## Paul Biehl

Koloniewaren

9%  
Alsenstr. 13 und  
Alsenstraße 89

### Berlin

### Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132  
Telefon 27 Wolken 2423

Freitag, 4. November  
nachmittags 8 Uhr

Mischaewitz  
Hüssel und Grefel  
der deutschen Musik-Kino

Abends 9.15 Uhr  
Der Zigeunerbaron

Man kauft nur die guten und billigen

## Landgraf Schuhe

Schmiedebrücke 2 — 1. Haus vom Ring



# Ein Einzelbeispiel und seine allgemeine Bedeutung

Vor den Toren Berlins liegt inmitten einer idyllischen Umgebung die kleine Landgemeinde Birkenwerder. Soziologisch betrachtet ist infolge der seit Jahren von privater wie von behördlicher Seite gepflegten Siedlerfähigkeit eine klassenmäßig reich differenzierte Gemeinde entstanden, auf deren einer Seite — auch räumlich — die Villen und Gartenhäuser behaglicher Wohlhabenheit, auf der anderen die Versuche kleinbürgerlicher und proletarischer Existenzen stehen, die sich wenigstens ein Dach über dem Kopf haben schaffen wollen. Massenarbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit mit ihren schrecklichen Auswirkungen drücken dem Ortsbild auch hier ihr Gepräge auf.

Vor einigen Tagen brachte eine amtliche Bekanntmachung im Lokalblatt die Einladung des Amts- und Gemeindevorstehers zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften, um dadurch der geistigen Not, der die Erwerbslosen in so unheimlicher Weise anheimgefallen sind, abzuhelfen. Die spärlichen Andeutungen des Aufrufs über Zweck und Ziel der Veranstaltungen haben inzwischen durch Ausspracheabende eine etwas konkretere Form angenommen, so daß wir das Wesentliche des Unternehmens wenigstens in seinen Umrissen erkennen können; es läuft darauf hinaus, eine gewisse Bodenfläche für Erdbereitstellung bereitzustellen, die unentgeltlichen Mühestunden der Arbeitslosigkeit mit Segelflugzeug- und Bootsbau auszufüllen, die durch ungenügende Übung gefährdete Geschicklichkeit in Maschinenschreiben, Stenographie usw. wieder herzustellen und dergleichen. Da weltanschauliche und politische Fragen von vornherein offenbar wegen vermeintlicher Störung des harmonischen Gleichklanges ausgeschlossen wurden, wären höchstens zur Abrundung des Bildes und zur Betonung der „Überparteilichkeit“ noch Kaffeekränzchen, veranstaltet von den Damen des Vaterländischen Frauenvereins, und Erbauungsstunden der Pastoren zu empfehlen, die die enge geistige und moralische Verbundenheit dieser sogenannten „Volksgemeinschaft“ noch deutlicher zum Ausdruck bringen könnten.

Doch im Ernst: Worauf läuft das ganze Vorhaben in der Wirklichkeit hinaus?

Doch auf nichts anderes als auf die Meinung, daß die soziale Ordnung und die soziale Staat trotz ihrer offener denn je heute hervortretenden wirtschaftlichen Unvernunft und sozialen Ungerechtigkeit unerschütterlich und fest bestehen bleiben müssen, und daß die von ihren Schrecken betroffenen Massen ihr Elend und ihre Unterdrückung als unabwendbares Fatum über sich ergehen lassen sollen; darauf, daß alle Bestrebungen, die die Klärung dieser widernatürlichen Klassenverhältnisse sich zum Ziele setzen, abgedrosselt werden sollen, damit die notleidenden Massen die wirkliche Ursache ihrer Lage nicht erkennen. Mit solchen spießbürgerlichen Idealen von allmenschlicher Verbundenheit, von der Erhaltung des gemütlichen Familienlebens, von unterhaltensamen Sonntagsausflügen, Museumsbesuchen und Theatervergnügen lenkt man die Opfer der Krise auf billige Art von ihrer geschichtlichen Aufgabe, die Welt zu verändern, ab und macht sie zu Anhängern und gefügigen Sklaven der von allen Nutznießern des Systems sorgfältig behüteten Auffassung von der Ewigkeit und Unabänderlichkeit der bestehenden Verhältnisse und der ebenso stabilen Unterdrückung und des Elends der Massen.

Der Leiter des Unternehmens rühmt sich seiner nationalökonomischen Tüchtigkeit, er möge verzeihen, wenn wir es erlauben, darüber und über seinen Vorschlag auf Grund besserer Kenntnis der objektiven Tatsachen anderer Meinung zu sein und seine Pläne für hoffnungslose Phantasterei und Naivität erklären. Er braucht in nur wenige Hefte des Instituts für Konjunkturforschung zu durchblättern oder ein paar Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes nachzuschlagen, um uns zu werden, daß eine Katastrophe, die den größten Teil der Welt in ihren Bann zieht, mit utopischen Quacksalbereien auch auf dem beschränkten Raum einer unbedeutenden Landgemeinde nicht entgegengewirkt werden kann, sondern daß für eine derartig außergewöhnliche Wirtschafterscheinung von solchem Ausmaß und solcher Tiefe auch außergewöhnliche Mittel gefunden und angewandt werden müssen.

Der wirkliche Ausweg aus dieser Misere und diesem Massenelend, in dem das Einzelindividuum zerfällt wie der Regenbogen im Weltmeer, läuft in ganz anderer Richtung. Er zeigt den Verdamnten dieser Erde, daß die Ursache ihrer Not in dem verruchten kapitalistischen Wirtschaftssystem, im Klassenhaß und den von ihm beschützten widerwärtigen Eigentumsverhältnissen begründet ist, und daß es gilt, einen Massensturm zu entfachen, der diese Zwangsburg niederlegt und an ihre Stelle die genossenschaftliche Produktion und die Räteherrschaft setzt. Dann werden diejenigen, die Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums sind, auch das Verfügungsrecht darüber haben, und Not und Elend der Vergangenheit angehören.

Einen Schritt zu diesem Ziel hin hat ein Teil der klassenbewußten Arbeiterschaft von Birkenwerder bereits getan, indem er sich zur proletarischen Einheitsfront zusammengeschlossen hat. Sie muß und wird mit anscheinend kleinen Aufgaben ihre Arbeit in Angriff nehmen. In diese Front sich einzureihen gilt für jeden Arbeitslosen; dann wird er die unbrauchbaren Rezepte hoffnungsloser Weltverbesserer mit Lächeln auf die Seite schieben. Georg Steinfeld.

## Flugzeug stürzt im Spessart ab Fünf Tote

Frankfurt a. M., 2. November.

WTB. Auf dem Fluge von Nürnberg-Fürth nach Frankfurt a. M. verunglückte heute mittig gegen 12.50 Uhr das Flugzeug D 724, Typ Junkers P 13, bei Echterapfahl in der Nähe von Rohrborn im Spessart. Fünf Insassen kamen dabei ums Leben. Sachverständige zur Klärung der Gründe des Unfalls sind unterwegs.

Nach den bisherigen Feststellungen ist das Flugzeugglück bei Echterapfahl wahrscheinlich auf den Bruch eines Flügels zurückzuführen. Wenigstens fand man diesen Flügel einige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der das Flugzeug förmlich in den Boden eingegraben liegt. Das Flugzeug ist im dichten Gehölz abgestürzt. Die Wipfel einiger Bäume sind bei dem Sturz glatt abrasiert worden, während der schwere Flugzeugkörper sich tief in die Erde geböhrt hat.

Um diese Jahreszeit lagern über dem Spessart bei regnerischem Wetter immer dichte Nebelschwaden, die schon vor zwei Jahren, etwa 2 Kilometer von der heutigen Unglücksstelle entfernt, einem englischen Privatflugzeug zum Verhängnis wurden. Die Maschine wurde damals völlig zerschmettert, die beiden Insassen kamen ohne Schaden davon.

## Die Selbsthilfe der Frommen

Das Proletariat unter den Klängen der Internationale in den Krieg marschiert, verwundert heut niemanden. Das auch Laienbrüder der katholischen Orden auf dem Felde der Ehre tochten, ist schon merkwürdiger. Aber dieses Kuriosum erklärt sich, rechnet man aus, eine wie große Anzahl von Brüdern die stillen Klöster der deutschen Gauen 1914 bis 1918 gefüllt hätte. Dem Ueberhandnehmen der Prämienzeit sah sich also der Staat in diesem Falle gezwungen vorzubeugen, und so lagen die bürgerlichen Laien im Schützengraben in ihrer soldatischen Kutte, das kriegerische Handwerk mit kleineren Stoßgebeten sinnreich begleitend.

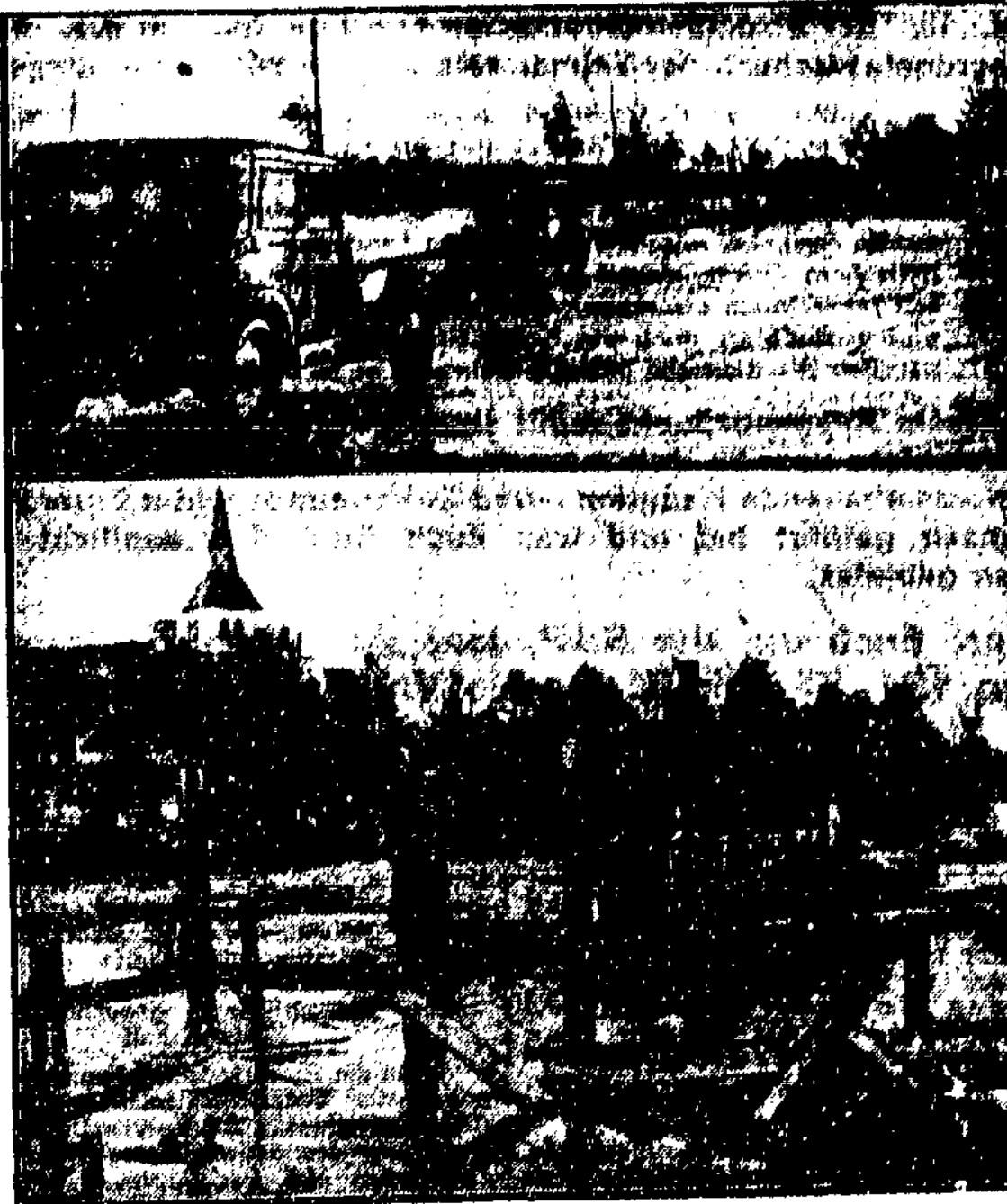
Der Himmel war ihr Unterstand, die Orgel ersetzte das Dröhnen der Geschütze. Stant und Kirche feierten ihre Jahrtausende alte Kommunion, das fühlten sie in den erhöhten Augenblicken. Allein die Auserwählten des Herrn sahen sich vor das mörderische Gebot des Imperialismus und vor das fünfte Gebot gleichzeitig gestellt. Wie sollte man aus diesem Gewissenskonflikt herauskommen?

Unsere Leser werden sich den Kopf zerbrechen. Aber die Laienbrüder entschlossen sich kurz. In den Wandelgängen des Klosters Beuren erzählen es sich noch heute die Schwergepöhrten: Sie legten das Gewehr an, zielten gut und — „Peng“ — begleiteten sie den Schluß mit einem befreienden „Requiescat in pace“.

Wir wünschen jedem eine so glückliche Lösung seiner Gewissenskonflikte wie in dem wahrheitsgemäß berichteten Falle. Amen!

Erich Lästner.

## Nordbelgien unter Wasser



Oben: Überschwemmte Autostraße in der Nähe von Antwerpen  
Unten: Durch die Fluten zerstörte Brücke bei Eppenheim  
Durch starke Regenfälle sind die Wasser des nordbelgischen Fließchens Senne über die Ufer getreten und haben zwischen Brüssel und Antwerpen auf den Feldern und in den Städten große Schäden verursacht

## Weißer Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weissen Sie jeden Ersatz dafür zurück.



## Roman einer Kommune

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.  
Copyright 1932 by  
Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

### Die wichtigsten Personen des Romans:

- Iwanowna, Galja, Pädagogin, Leiterin der Kinderanstalten, später auch Sekretärin der Kommune.
- Wjetrow, Andrej Ssemjonowitsch, Leiter der Kommune.
- Wjetrowska, Anisja Matwejewna, seine Frau, steht im ärgsten Konflikt zu ihrem Mann und zur Kommune.
- Guljaka, Pjotr, Sekretär des Kommunerrates, wird zur weiteren Ausbildung vorübergehend in die Stadt abkommandiert.
- Luscha (Lukerja Iwanowna), seine Frau, Leiterin der Küche und des Speisesaales.
- Tschuschkin, Vorsitzender der Produktionsleitung.
- Tschuschkina, seine Frau, Frauen-Organisatorin.
- Schlachkowa, eine der Kommunarinnen.
- Schubina, Dunja, Küchenmagd.
- Schubin, ihr Mann.
- Regatkin, Leiter der mechanischen Werkstatt.
- Pawlo, Lehrling der Werkstatt, Jungkommunist.
- Grischanja, Leiter des Fuhrwerks.
- Kirikow, Prochor Pjotrowitsch, Lehrer.
- Glascha, Jungkommunistin, später Verwalterin des Kinderhortes.
- Natascha, Jungkommunistin, später Leiterin der Kinderkrippe.
- Aksajutka, Helferin im Kinderhort.

- Karpucha, der Pferdewärter.
- Bankin, Obmann der Parteizelle.
- Tischka, Sekretär der jungkommunistischen Zelle.
- Lukjanytsch, unzuverlässiges Mitglied der Kommune.
- Uljascha, seine Tochter, eine diebische Küchenmagd.
- Matroscha, Jungkommunistin.
- Michalytsch, Michal, Arzt, Bourgeois.
- Burakow, ehem. reicher Kaufmann, Kulak.

### Herbstwolken

Wenn ich allein in meinem Zimmer bleibe und durch das Fenster auf das breite Viereck des Hofes sehe. In die hügelige, in lila Dunst getauchte Ferne, die zwischen den Gebäuden hervorragt, auf die öde Trauer der herblichen Felder, auf den schweren, bleiernen Himmel, dann übermann mich eine düstere Traurigkeit. Mir ist, als wäre die ganze Welt hinter diesem unterstüpften Horizont in eine unerreichbare, uferlose Kluft zurückgeflutet, als wäre sie nur eine flimmernde Erinnerung an halbvergessene Bilder. Die straffen Hügel in der zerklüfteten Ferne schlummern unter dem violetten Schimmel der Wintersaat, unter dem violetten Sanimet der frisch gepflügten, herblichen Erde in schlaftriger Ruhe und Zeitlosigkeit. Dicht hinter den Gebäuden gärt ein zäher Sumpf unter dem braunen Wirrwarr des von feuchtem Wind zerfressenen Schilfs und Riedgrases. Links hinter dem wie Chinin bitter stinkenden Sumpf drängen sich fröstelnd und heimatisch die verfallenen, vernachlässigten, mit verwitterten Strohdächern bedeckten Hütten unseres wahrlosten Nachbardorfleins. Kein Mensch ist dort zu sehen, und es kommt mir vor, als wäre es ganz unbewohnt. Auch der aufgeweichte Hof ist menschenleer. Vor trüber Angst läuft es mir eiskalt über den Rücken: ich bin verloren, es gibt keinen Ausweg mehr für mich, ich bin lebendig begraben in dieser Urwüste.

Diese plötzliche Welle finsterner Verwirrung zieht aber rasch wie eine Wolke vorbei; sie haucht die Seele kalt und feucht an und zergeht. Gewöhnlich kommt das an umwölkten

Tagen über mich, wenn die Menschen, mit denen ich zusammen lebe, die Kommune, blind zu werden scheinen: ihre Augen verlieren die Farbe, die Stimmen werden heiser, und die Gesichter versteinern. An solchen Tagen sind sie schweigsam und verschlossen, ihre Worte sind langweilig, ihr Lachen ist sinnlos, wie wenn ein Hund ins Leere bellt.

Andrej Ssemjonowitsch Wjetrow ging mit großen, harten Schritten an meinem Fenster vorbei. Nach alter Gewohnheit warf er im Gehen den Kopf, auf dem eine abgetragene Mütze saß, hoch, sein Blick begegnete dem meinen, und er begrüßte mich, die Hand hebbend, wie es die kleinen Pioniere tun. Sein Gesicht ist hager, strenge Falten durchziehen die Wangen. Die Augen glänzen grünlich, sie sind hart, durchsichtig, kalt, als blitzten zwei Eisäpfelchen in ihnen. Er ist immer ausgeglichen, ein heimlicher Gedanke scheint ihn stets zu beschäftigen. Wir hatten eine großartige Ernte in diesem Jahr, alle Gesichter leuchteten festlich, nur Genosse Wjetrow ging, nach vorn geneigt, allein über seine Felder, als gehe er Begegnungen und Gesprächen aus dem Weg. Er ging, ohne sich umzuschauen, von irgendeiner verfluchten Frage gequält. Und immer, wenn ich Wjetrows hartnäckige Schritte hörte, von weitem oder in der Nähe, zuckte ich innerlich zusammen, rockte mich auf, und frischer Mut strömte durch mein Blut. Ich beneide diesen einfachen, von den Feldern geborenen Menschen, den Bauer von Natur aus, den Bauer mit dem Hirn eines vollblütigen Proleten. Der Glaube dieses Mannes an die Zukunft, an seine Sache, an seine Kraft ist ungewöhnlich. Sein eigenes Leben und unser aller Leben sind nur winzige, nichtige Staubkörnerchen unter der Weite dieses Himmels. Wozu sich aufregen, beunruhigen, nervös werden, wo doch das alles Unsinn ist, klägliches Gestammel eines Säuglings, zufälliges Knarren einer Tür.

Ein unabdingbares Verlangen überkam mich, aus dem Zimmer zu laufen, ihn zuzuholen, seine kräftige Schulter zu berühren. Das ist der einzige Mensch, den ich in dem Augen-

blick, wo eine eisige Welle düsterer Traurigkeit meine Seele überflutet, brauche. Ich warf meine Jacke über die Schulter, wollte im Laufen die Gummischuhe anziehen, doch ich stolperte. Die Gummischuhe zappelten unter meinen Füßen wie junge Hunde, rutschten hin und her. Der neue Gummi glänzte, als fletsche er die Zähne und grinsete vor Wohlbehagen. Ich wurde wütend und stampfte mit den Absätzen auf ihm herum. Wjetrow bog schon um die Ecke hinter unserem Gebäude. Er trug eine lange, warme Joppe aus Soldatentuch, und diese Joppe machte ihn stämmig und schwerfällig. Er schlenderte niemals ohne Arbeit zwischen den einzelnen Gebäuden auf dem Hof umher; augenscheinlich hatte er also eine wichtige Arbeit vor, und diese Sekunden pulsierten wie Blutstropfen in seinem Hirn. Ich rannte, wie ein kleines Mädchen, über den Bürgersteig aus Ziegelsteinen an unserem Gebäude entlang. Dieser Bürgersteig faßt wie eine Bordüre unseren Hof in einem Viereck ein. Ein Regen hatte in der Nacht den Bürgersteig gewaschen, und die Ziegel glänzten appetitlich wie rote Bonbons. Nur in der Mitte waren sie mit einem blauen Streifen von den Fußspuren beschmutzt. Aus den schwarzen Fenstern, in denen die Scheiben wie Eis glänzten, wirbelte lautes Kindergeschrei. Augenblicklich ist Pause in meiner Arbeit; in der Kinderkrippe geben die Mütter ihren Säuglingen die Brust, und im Kindergarten werden die Kleinen mit warmem Frühstück und Kakao gefüttert. Dort arbeiten von mir geschulte Kinderpflegerinnen, aber ... mühsam, wie ich nun einmal bin, lasse ich sie nur selten allein. Aus dem gemeinsamen Speiseraum strömte mir feuchte Wärme entgegen. Durch die offene Tür tönte das quiet-schende Geschrei der diensthabenden Frauen. Lachen, Liederfetzen, das Klirren von Geschirr und das durchdringende Schnalzen des Brotes in den Pfannen, es klang, als schossen Wasserstrahlen mit Hochdruck auf sie nieder. In zwei Stunden wird zu Mittag gegessen.

Der Wind zauste mein Haar, wie Spinnwebgewebe fiel es mir ins Gesicht. Ich fühlte im Larfen die straffe Schwere meiner Brüste. (Fortsetzung folgt.)



# Gegen Mißbrauch der Gewerkschaften als SPD-Wahlmaschine

Wer die Interessen der Gewerkschaften vertritt, stimmt für Liste 18

I.R. Wie seit Jahren, so wird auch bei der jetzigen Reichstagswahl von der obersten reformistischen Gewerkschaftsbürokratie der gesamte Apparat der Gewerkschaften in den Dienst der SPD-Wahlpropaganda gestellt. Ohne Rücksicht auf die Interessen der Gewerkschaften, ohne Rücksicht darauf, was für einen Schaden eine derartig einseitige Wahlpropaganda unter der gesamten Arbeiterschaft anrichtet, schreien seit Wochen dicke Ueberschriften „Wählt Liste 2“, „Wählt SPD“ jedem Verbandskollegen aus seiner Gewerkschaftszeitung entgegen.

Der Bundesvorstand des ADGB hat in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 29. Oktober (Nr. 44) seinen nun schon bald als „selbstverständlich“ erwarteten Wahlauftrag zugunsten der SPD erlassen. Der Auftrag wird begleitet von einem langen, ebenfalls offiziellen Artikel, der die Perspektiven nach der Wahl vom 6. November aufzeigen soll. Darin wird unter anderem sehr richtig gesagt, daß ganz gleich ob Papen mit den Deutschnationalen allein regieren wird oder ob die Nationalsozialisten und das Zentrum in die Front einschwenken werden, die Sinnesrichtung der Politik der Regierung dieselbe bleiben wird, wie vor der Wahl: brutales wirtschaftliches und politisches Vorgehen gegen die Arbeitermassen zwecks Erhaltung und Wiederingangbringung des Kapitalismus. Sehr richtig wird in dem Artikel des ADGB auch gesagt, daß dieser Anschlag von der Arbeiterschaft abgewehrt werden muß, und daß dieses Ringen nicht mit dem 6. November beendet ist. Aber dann folgt, wie die ADGB-Instanzen das nun schon die ganzen Nachkriegsjahre über zum größten Schaden für die Arbeiterklasse verkünden, die Auffassung, daß „unser Ziel die Demokratie“ sei, und daß „die Macht der großen Zahl des arbeitenden Volkes“ bereits im Weimarer Staat vorhanden gewesen wäre.

Nebenbei wird gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung noch das Tarnow-Wort unterstrichen: „Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer um die zerstörten Hoffnungen bei den Arbeitslosen und Erbitterung darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos verfallen wurde.“

„Also abwarten, anstatt sofort einzugreifen! Das ist das Wahlprogramm des ADGB. Dieses Tarnow-Wort zeigt deutlich genug, daß bei den ADGB-Führern weder Kampfschlossenheit noch Bereitschaft zur Organisation von Abwehrkämpfen gegen die Papen-Regierung vorhanden sind. Wenn die Arbeiterschaft noch mehr unterdrückt und verelendet sein wird als sie es heute schon ist, dann ist es nach der ADGB-Bundeszeitung „Ehrenpflicht der deutschen Arbeiterbewegung“, den abtretenden Papen oder wie die Regierung sonst heißen mag, abzulösen und das „Umbau“-Programm des ADGB und der SPD in die Tat umzusetzen.

Mit einem solchen Programm ziehen die ADGB-Führer in den Wahlkampf für die SPD. Fügsam, wie immer, geben die Zeitungen der einzelnen dem ADGB angeschlossenen Verbände das Echo. Sie unterscheiden sich höchstens darin, daß je nach Geschmack der eine Redakteur mehr Phrasen über den Sozialismus, der andere mehr schöne Reden über die Demokratie macht. Beides zusammen soll dann „Sozialdemokratie“ ergeben. „Der Freie Angestellte“ zeichnet sich dabei durch besonders große Verworfenheit aus; er betont besonders die „politische Freiheit“, die auch er im bürgerlich-demokratischen Staat für die Arbeiterschaft bereits verwirklicht glaubt. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ macht insofern eine rühmliche Ausnahme, als sie ihren Lesern wenigstens eine wirklich beherzigenswerte Parole gibt. Sie verkündet nämlich: „Wir sehen den Werbepenn nicht aufs Maul, sondern auf die Faust!“

Wenn alle Freigewerkschaffler und überhaupt alle Proletarier und Proletarierinnen dieses Wort beherzigen, dann müssen sie unseres Erachtens zu anderen Schlussfolgerungen kommen als die ADGB-Instanzen sie ihnen mit ihrem Wahlauftrag für die SPD aufzuzwingen gedenken. Wir fragen außerdem:

Woher nehmen der ADGB-Bundesvorstand und die einzelnen Verbandsredakteure und -vorstände überhaupt das Recht, die Gewerkschaften für die SPD einzuspinnen und Verbandszeitungen und Verbandsgelder für diese Partei zu verwenden?

Es gab einmal eine Zeit, wo die gesamte Linke in der SPD hinter dem damals „radikalen“ Karl Kautsky stand, nämlich als dieser im Jahre 1906 auf dem Mannheimer Parteitag einen seinerzeit von den Gewerkschaftsführern um Legien scharf bekämpften Zusatzantrag zu einer Resolution über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften einbrachte mit folgendem Wortlaut:

„Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse des Parteitages gebunden zu fühlen... Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung

selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes.“

Aber seit jener Zeit ist die Rolle der Sozialdemokratie leider eine andere geworden. Seitdem hat die Sozialdemokratische Partei den Boden des Marxismus verlassen. Seitdem hat gerade die SPD die Hauptschuld daran, daß in Deutschland überhaupt noch einmal ein Papen-Regime aufkommen, die monarchistische Gefahr akut werden und die werktätigen Massen so in Elend und Unterdrückung versinken konnten, wie das heute

1919 ganz mit Recht in einer Entscheidung diese veränderte Sachlage festgestellt und daraus den Schluß gezogen, daß der ADGB und die ihm angeschlossenen Organisationen gegenüber den Arbeiterparteien politische Neutralität bewahren müssen. Dabei wurde auch ausgesprochen, was vom marxistischen Standpunkt aus auch selbstverständlich ist, daß parteipolitische Neutralität gegenüber den verschiedenen Arbeiterparteien, das heißt Raum innerhalb der Gewerkschaften für die Vertretung der Auffassungen dieser Parteien zu allen Gewerkschaftsaufgaben, keineswegs bedeutet, daß die Gewerkschaften unpolitisch sein müßten und

## Das haben sie versprochen:

Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion hat am 8. 2. 1919 der Abgeordnete Fischer in der Weimarer Nationalversammlung ausgeführt:

„Ein neues Deutschland wollen wir bauen auf dem breiten Fundament der Freiheit, des Rechts und der Gerechtigkeit. Ein neues Reich, das mit dem alten fast nichts gemein hat als den Namen... Wir Sozialdemokraten, die stärkste Partei des neuen Reiches, haben auch noch eine zweite Aufgabe, nämlich dieses neue Deutschland zu erfüllen mit sozialistischem Geiste, damit es das werde, was die sozialistischen Arbeiter seit Jahrzehnten erstreben, wofür ihr Herz heute heißer schlägt als jemals und weshalb sie auch die Revolution am 9. November begonnen haben, nämlich die deutsche sozialdemokratische Republik.“

An diesem Ausgangspunkt müßt Ihr sozialdemokratischen Arbeiter die Ereignisse vom 20. Juli messen, wenn Ihr erkennen wollt, wohin die staatsverhaltende Koalitions- und Tolerierungspolitik Eurer Parteiinstanzen geführt hat und was Euch Eure Klassenpflicht heute zu tun gebietet.

Schart Euch um die SAP, lest ihre Presse, stimmt für Liste 18! So schafft Ihr die Voraussetzungen für den Kampf und Sieg unserer Klasse

der Fall ist. Die ehemals geeinte Sozialdemokratische Partei ist heute in mindestens ein Dutzend Parteien und Richtungen auseinandergefallen, und das nicht nur einfach aus Spaltungswillen einzelner, sondern weil diejenigen, die den Apparat in der Hand haben, seit vielen Jahren eine unmarxistische, für die Arbeiterbewegung verhängnisvolle Politik betreiben.

Auch die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft setzt sich aus Mitgliedern verschiedener Parteien innerhalb der Arbeiterklasse zusammen. Deshalb hatte der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg im Jahre

gegenüber dem Klassengegner nicht alle Konsequenzen des Klassenkampfes zu ziehen brauchen.

Freie Meinungsäußerung innerhalb der Gewerkschaftsmittelschaft ist im Gegenteil eine Voraussetzung für wirkliche Kampffähigkeit gegenüber dem Klassenfeind!

Wenn die Gewerkschaften heute ihre Aufgaben der materiellen Interessenvertretung der Arbeiterklasse überhaupt erfüllen wollen, wenn sie den notwendigen Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus organisieren wollen, dann müssen sie — gerade in entgegen gesetzter Weise wie die ADGB-Vorstände — alles tun, um sämtliche den

## Kampfstimmung in den Bremer Häfen

Zum Konflikt in den Bremer Hafenbetrieben liegt nunmehr der Spruch des Schlichters vor. Trotz einiger Verbesserungen gegenüber dem Unternehmensvorschlag kommt der Spruch in allen entscheidenden Punkten den Wünschen der Unternehmer nach. Wie arbeiterfeindlich dieser Spruch in seinen materiellen Auswirkungen ist, mag nur an einem Beispiel gezeigt werden.

Bei Ueberschichten an Sonn- und Feiertagen, die sich infolge der eigenartigen Struktur der Hafenbetriebe ergeben, ist ein Abbau vorgesehen von 22,80 Mark auf 9,88 Mark (II). Daneben wird der einzigen Gruppe unständig beschäftigter Hafenarbeiter der Urlaub vollständig gestrichen.

Eine am 30. Oktober vom Gesamtverband einberufene Hafenarbeiterversammlung beschäftigte sich mit dem vorliegenden Schiedsspruch. Der Bevollmächtigte Leiber drohte den SAP-Genossen eingangs mit organisatorischen Maßnahmen, da diese in Massenaufgabe ein Flugblatt in den Häfen verbreitet hatten, in welchem den Hafenarbeitern der materielle Inhalt des Schiedsspruches mitgeteilt wurde. So erst waren überhaupt die Hafenarbeiter in der Lage, an Hand einschlägigen Materials zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen. Die Drohungen Leibers verfielen daher auch nicht bei den anwesenden Kollegen, obwohl dieser einige Ungenauigkeiten im SAP-Flugblatt maflos aufzubauschen versuchte.

In der Diskussion trat kein einziger Kollege für die Annahme des Schiedsspruches ein. Im Gegenteil: Die Ortsverwaltung des Gesamtverbandes mußte schwere Vorwürfe einstecken, da mehrere Kollegen betonten, es sei von der OV versäumt worden, rechtzeitig die Hafenarbeiter von den drohenden Verschlechterungen in Kenntnis zu setzen. Besonders der Kollege Hallerstedde (SAP) machte auf die großen Gefahren aufmerksam, die sich aus der Annahme dieses Schiedsspruches ergeben würden.

Bei der nachfolgenden Abstimmung wurde der Schiedsspruch gegen nur 29 Stimmen von den organisierten Hafenarbeitern abgelehnt. Diese erfreuliche Kampfstimmung ist ein gutes Vorzeichen für die Urabstimmung, die auf Grund dieses Ergebnisses in dieser Woche in allen Hafenbetrieben durchgeführt wird.

Wollen die Hafenarbeiter den Unternehmerangriff abwehren, müssen sie auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie bei Verbindlichkeitserklärung des Spruches in den Streik treten. Das wurde auch in dieser Versammlung deutlich zum Ausdruck gebracht.

Dieser Streikbeschuß der Bremer organisierten Hafenarbeiter ist ein weiterer Beweis dafür, daß bei unermüdlicher und zäher Arbeit die Opposition auch bisher reformistisch eingestellter Kollegen für die notwendigen Abwehrkämpfe gegen das Unternehmertum zu gewinnen sind.

Besonders das von der SAP herausgegebene Flugblatt hat wesentlich zur Herbeiführung des Kampfbeschlusses beigetragen.

Jeder Hafenarbeiter muß einsehen, daß nur die von der SAP angewandte Taktik geeignet ist, die Mitglieder der freien Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen und die Gewerkschaften überhaupt wieder zu einem revolutionären Faktor zu machen.

## Große Erregung der Ostpreußen-Fischer

(Eigene Meldung der „SAZ“)

In diesen Tagen fand die Fischerei-Tagung des Provinzialverbandes Ostpreußischer Hafl- und Küstentischer statt. Die stürmische Aussprache bei der Zusammenkunft erwies wieder einmal, in welcher außerordentlichen Notlage sich die arbeitende Bevölkerung Ostpreußens

verschiedenen Parteimählungen angehörenden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter zusammenzulassen zu einem abgeschlossenen Ganzen. Die einseitige Festlegung der Gewerkschaften auf eine Partei, auf die SPD, muß die vielen hunderttausende freigewerkschaftler, die mit Recht gegen die SPD eingestellt sind, zurückstoßen und sie nicht nur noch mehr zur SPD, sondern auch zu ihren eigenen Gewerkschaften in Gegensatz bringen. Es ist also Schwächung, ja in letzter Konsequenz Gewerkschaftsspaltung, die hier von der Gewerkschaftsführung betrieben wird.

Noch schlimmer ist es aber, wenn man die einseitige Stellungnahme der ADGB-Führung für die SPD vom Gesichtspunkt der arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Tätigkeit der SPD aus betrachtet. Die SPD ist es, die durch ihre staatsverhaltende Politik seit 1914 den gewerkschaftlichen Kampf und damit die Gewerkschaften selbst aufs schwerste geschädigt hat.

Die SPD bzw. ihr oberster Führer Friedrich Ebert war es, der im Herbst 1920 durch verfassungswidrige Notverordnung das erste Streikverbot — damals gegen die städtischen Arbeiter — erlassen hat.

Die SPD und ihre Minister Severing und Heine waren es, die den Beamten das Streikrecht absprachen und raubten.

Die SPD war es, die 1923 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat, auf Grund dessen der Achtfundentag besiegelt und die Zwangsschlichtungs-Verordnung geschaffen wurde.

Die SPD war es, die die Brüning-Politik und damit die Lohnabbau-Verordnungen des Brüning-Kabinetts toleriert hat. Sie ist daher nicht nur mit-schuldig an dem viele Milliarden betragenden Lohnabbau der letzten Jahre, sondern hat damit auch die Gewerkschaften und die ganze Arbeiterklasse an einem erfolgreichen Kampf gegen den staatlichen Lohnabbau gehindert.

Im Interesse der Gewerkschaften selbst müssen daher alle verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder von der durch und durch gewerkschaftsfeindlichen SPD abrücken und sie aufs schärfste bekämpfen.

Wer die Gewerkschaften stärken und kampffähig machen will, der muß die Sozialistische Arbeiterpartei unterstützen, muß mit der SAP für die Revolutionskämpfe der Gewerkschaften und damit für die Gesundung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung kämpfen.

Es ist dringend notwendig, daß die Gewerkschaftsmittglieder überall in ihren Organisationen gegen die Wahlpropaganda für die SPD durch die Gewerkschaftsleitungen auftreten. Wer am 6. November für den zielbewußten und planmäßigen Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel gegen Kapitaldiktatur und Faschismus und für die Interessen der ganzen Arbeiterklasse demonstrieren will — eine solche Demonstration ist notwendig — der

stimmt für die Liste der Sozialistischen Arbeiterpartei für Liste 18

befindet. Wiederholt wurde festgestellt, daß die Hilfsmaßnahmen der Reichs- und Staatsregierung für die Fischerbevölkerung meist zu spät und ungenügend gewesen sind. Von großer Bedeutung war eine Resolution, die sich mit der dauernden Beunruhigung der Fischerbevölkerung wegen der Trockenlegung des Frischen Hafes beschäftigte. Allgemein gab man der Hoffnung Ausdruck, daß recht bald von Reichs- und Staatsbehörden entsprechende Erklärungen abgegeben würden, wonach die besonders in der ostpreußischen Presse sehr lebhaft besprochene Trockenlegung des Frischen Hafes unterbleiben müßte. Ebenso beschäftigten sich die erschienenen Fischer äußerst lebhaft mit dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung über die Haflkrankheit. Gerade hier müsse unbedingt sofortige Hilfe von seiten des Reiches eingreifen, damit die Fischer nicht weiterhin durch diese furchtbare Krankheitserscheinung in ihrer Gesamtexistenz ruiniert werden. Auf-fällig ist, daß der östliche Teil des Hafes besonders stark verseucht ist und daß die Fische aus dem Hafl auswandern. Daher kann man nur der berechtigten Forderung der Fischer zustimmen, daß sofort ein Kanal bis zur See gebaut wird, der die Abwässer direkt ins Meer leitet.

## Konzessionssperre auch in Bayern

Mit einer sofort in Kraft getretenen Verordnung zum Vollzug des Gaststättengesetzes vom 15. September hat das bayerische Staatsministerium des Außen, für Wirtschaft und Arbeit eine Konzessionssperre angeordnet. Bis zum 1. Oktober 1934 dürfen Erlaubnisse für neu zu errichtende Schankwirtschaften und Erlaubnisse zur Ausdehnung bestehender Schankwirtschaften auf nicht zugelassene Getränke grundsätzlich nicht erteilt werden. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Regierung (Kammer des Innern) zulässig. Als Grund der Verordnung wird Ueberfüllung des Wirtsgewerbes angegeben.

Wählt nur Liste 18!